



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

19. April 2016

Lehrstück Türkei +++ Steueroasen austrocknen +++ Eine Brücke ist kein Zuhause +++ Volksentscheid retten +++

Liebe Leserinnen und Leser,



Stadtfest in Horn, 6.6.2015 (Foto: C. Hannen)

ohne allzu viele Illusionen über den Gesamttrend in Deutschland zu nähren, sei uns an dieser Stelle doch einmal ein gewisses Maß an Zufriedenheit gegönnt. Nach einer repräsentativen Infratest-Wahlumfrage im Auftrag des NDR Anfang April würde die SPD aktuell zwar 6,6% verlieren (39%), die GRÜNEN aber – wofür auch immer – um 2,1% zulegen (15%) und damit die Mehrheit für die amtierende Senatskoalition sichern. Auch die CDU gewänne 2,1% (18%), wenigstens die FDP würde um 1,4% absacken (6%). Leider legt die AfD laut Umfrageergebnis um 1,9% zu, bliebe aber mit ihren gegenwärtigen 8% in Hamburg meilenweit hinter ihren ostdeutschen Werten zurück.

All das kann uns natürlich nicht wirklich zufrieden machen, aber das Anwachsen der LINKEN um 2,5% auf die gegenwärtige Zustimmungquote von 11% lässt uns doch in dieser schwierigen Zeit und nach einem nicht ganz einfachen Start zu Beginn der Legislaturperiode ein wenig aufatmen. Es ist immerhin »der höchste Umfragewert, den sie (die LINKE) jemals erreicht hat«, konstatierte das »Hamburger Abendblatt« am 8. April. Und genau eine Woche später bescheinigte Abendblatt-Redakteur Jens Meyer-Wellmann der Linksfrak-

tion »wie in den Vorjahren weiter eine solide und professionelle parlamentarische Arbeit«. Nun denn.

Doch zweifellos ist dies nur eine Momentaufnahme, und DIE LINKE und die Linksfraktion tun gut daran, sich auf eine längere Periode grundlegender Verschiebungen der Kräfteverhältnisse einzustellen. Man muss sich vor Augen führen, dass es mittlerweile Bundesländer gibt, in denen – selbst wenn es gewollt wäre – die »rot-rot-grünen« Parteien keine Mehrheit hätten.

Führen wir also unsere linke Oppositionsarbeit selbstbewusst und energisch fort. Angesichts der politischen Großwetterlage und der immer weiter aufklaffenden Arm-Reich-Schere wird dies mit einer noch deutlicheren Ausrichtung auf den Kampf um soziale Gerechtigkeit und die Unterstützung der Menschen mit niedrigen Einkommen geschehen. Das jedenfalls ist die Zielsetzung der Linksfraktion in der kommenden Zeit, über Maßnahmen und Aktivitäten demnächst mehr.

Herausgeberinnen und Redaktion
des »BürgerInnenbriefes«

Gastkommentar: Lehrstück Türkei

Von Dr. Joachim Federwisch



Seit rund 30 Jahren ist Joachim Federwisch in der politischen Bildungsarbeit tätig, erfahren also in den Winkelzügen der Politik und der Vermittlung von Zusammenhängen. Wir freuen uns, ihn als Autor dieser (ersten) Kolumne im »BürgerInnenbrief« begrüßen zu dürfen. Joachim Federwisch ist lange Zeit Mitglied der SPD gewesen und bezeichnet sich heute als »parteilosen Sozialdemokraten«. Aber vor allem war er immer ein unabhängiger, undogmatischer Geist, ein Sozialwissenschaftler, ein studierter Soziologe und Volkswirt mit spitzer Feder, wie wir ihn uns wünschen.

Wie der eine sich ein Land unterwirft und wie die anderen dabei mithelfen – in der Türkei wird seit Jahren ein bemerkenswertes Lehrstück aufgeführt. Zwar existierte in der Türkei noch nie die Art von Demokratie und Rechtsstaat, wie wir sie von Deutschland kennen. Aber bekanntlich gilt: Es geht immer noch schlechter!

Erdogan hat sich »sein« Land, die Türkei, unterworfen. Erdogan und die Türkei sind Lichtjahre entfernt von allen Werten, für die wir eintreten! »SPIEGEL-Online« schreibt: »Deutschland und die EU haben sich in die Hände von Recep Tayyip Erdogan begeben, er soll die Flüchtlingskrise lösen. Jetzt lässt die Affäre um eine Satire erkennen, wie der türkische Präsident denkt. Und wer ihn wirklich kennenlernt, muss erst recht um Europa fürchten.«

Abgesehen davon, dass allen denkenden Menschen längst klar sein musste, wie dieser Despot gestrickt ist, kann ich die-

ser Feststellung nur zustimmen. Hinzu kommt, dass Erdogan die eigene Bevölkerung bombardiert, den IS unterstützt hat, alle Kritiker mundtot macht, jeden verfolgt, der den Genozid an den Armeniern nicht verleugnet, und wiederholt in Deutschland die türkischstämmige Bevölkerung aufgehetzt hat!

Wie dumm oder absolut größenwahnsinnig muss dieser Despot eigentlich sein, wenn er ernsthaft geglaubt hat, mit seinem abartigen Vorstoß gegen einen Satirebeitrag etwas in seinem Sinne bewirken zu können? Wer hatte denn vorher davon Kenntnis genommen? Erdogan hat nun selbst für weltweite Aufmerksamkeit gesorgt und das ist gut so!

Ich stimme Heribert Prantl zu: Satire darf zwar nicht alles, aber fast alles und im Falle von Erdogan und dem oberpeinlichen Nichtverhalten der Bundesregierung ist Satire geradezu aufgerufen, Despoten die Maske vom Gesicht zu reißen!

Es kann eigentlich nur eine Konsequenz geben: Sofortige Befreiung aus der mutwilligen Abhängigkeit von Erdogan! Die EU und damit voran Deutschland müssen unabhängig handeln, auch wenn das in mancher Hinsicht »unbequem« erscheint! Und vor allem dürfen sie nicht von einem Despoten erpressbar sein.

Diesen Kommentar schrieb ich Anfang April, da konnte ich mir nicht vorstellen, dass Merkel dem längst ins Museum gehörenden § 103 StGB (»Majestätsbeleidigung«) tatsächlich noch ihre Zustimmung erteilen würde! Geradezu peinlich ist ihr Hinweis, dass er noch einmal für Erdogan gilt und danach abgeschafft werden soll!

Ankommen. Teilhaben. Bleiben.

Von Surya Stülpe



Rathausmarkt-Flashmob, 17.4.2016 (Heike Sudmann)

In diesen Tagen gibt es nicht viel Gutes aus dem Bereich Flüchtlingspolitik zu berichten. Während wir aus der Ferne ZeugInnen der rechtswidrigen Zurückschiebungen Geflüchteter von Griechenland in die Türkei werden und Tausende in Idomeni für ihre Weiterreise kämpfen, hat der Bundestag eine Asylrechtsverschärfung nach der nächsten im Eilverfahren beschlossen und weitere sind in Planung. Hier wie dort werden massiv Rechte Geflüchteter missachtet und Standards geschliffen. Die Grundlage dafür schaffen die AfD und andere Flüchtlingsfeinde, die weite Teile des Diskurses mit einer absolut inhumanen und rassistisch aufgeladenen Rhetorik dominieren.

Beim Hamburger Senat setzt dagegen Entspannung ein. Man sagt es nicht laut, aber viele sind erleichtert, dass jetzt

weniger Flüchtlinge in Hamburg ankommen. Das schafft Luft bei der Planung und Umsetzung von Unterkünften. Den Leerstand in Hamburg hat man bis heute nicht angetastet; da bringt man Geflüchtete lieber monatelang in Zelten und Hallen unter.

Seit März haben wir in der Flüchtlingspolitik drei Anträge in die Bürgerschaft eingebracht. Neben einem umfassenden Konzept zur verbesserten gesundheitlichen Versorgung von Kindern und Schwangeren fordern wir eine unabhängige Beschwerdestelle für die BewohnerInnen der Unterkünfte und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der geflüchteten Lesben und Schwulen sowie Bi-, Trans- und Intersexuellen in Hamburg (LSBT*I).

Steueroasen austrocknen!

Von Joachim Bischoff



Steuern: der richtige Briefkasten (Foto: M. Fisch)

Die Anwaltskanzlei Mossack Fonseca in Panama steht im Mittelpunkt eines Skandals um Briefkastenfirmen, die die Kanzlei für Tausende Kunden eingerichtet hat. Die Datensätze der

Kanzlei wurden einem internationalen Rechercheverbund zugespielt, der sich die BetreiberInnen der Briefkastenfirmen genauer angesehen hat. Briefkastenfirmen werden nach Ein-

schätzung von Fachleuten in der Regel zur Verschleierung von Einkommens- und Vermögensverhältnissen, zur Steuerhinterziehung oder Geldwäsche genutzt. Im Zuge der Veröffentlichungen und Ermittlungen über die »Panama Papers« ist auch die Hamburger Privatbank Berenberg in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt: Sie soll dort 13 Briefkastenfirmen vermittelt und 76 Konten eingerichtet haben. Nach Informationen der »Süddeutschen Zeitung« wurde das Verfahren allerdings schon Anfang 2015 eingeleitet und hat nichts mit den »Panama Papers« zu tun.

Was macht also diese älteste Privatbank in Hamburg? Sie ist vor allem ein Institut zur Vermögensverwaltung. Und BürgerInnen, die auf eine Verwaltung ihrer Vermögen angewiesen sind, gibt es in Hamburg reichlich. 42.000 MillionärInnen leben in der Hansestadt, nirgendwo in Deutschland ist die Millionärsdichte höher. Knapp 1.000 HamburgerInnen verdienen sogar mehr als eine Million Euro pro Jahr. Und sogar elf Milliardäre sind bekannt, die Hamburg als Hauptwohnsitz nennen, hier geboren wurden oder ihre Unternehmen von hier lenken. Jeder achte Hamburger gilt als reich.

Bei den 500 Deutschen, die das »Manager Magazin« in seiner Liste der Reichsten Deutschlands führt, finden sich zahlreiche HamburgerInnen – auch unter den Superreichen. Zu Letzteren zählt das Manager Magazin beispielsweise Michael und Alexander Otto, Erben des Versandhaus-Gründers. Mit einem geschätzten Gesamtvermögen von 9,5 Milliarden Euro liegen die Ottos auf Platz 2 der reichsten Hanseaten. Etliche dieser Reichen in Hamburg und anderswo greifen zur Verwaltung und Vermehrung ihres Reichtums auf professionelle Vermögensverwalter zurück. Die Berenberg-Bank ist ein solches Spitzeninstitut.

Ein Branchenreport hat in seiner jährlichen Studie 362 Vermögensverwalter im gesamten deutschsprachigen Raum untersucht, lediglich 45 Institute wurden als empfehlenswert eingestuft, Berenberg steht erneut an der Spitze. Bereits zum siebten Mal in Folge erzielte Berenberg die Spitzenposition im Ranking. Begründung für den Spitzenplatz: »Die Vermögensverwaltung ist bei Berenberg umfassend. Kein vermögensrelevantes Thema wird ausgespart, so dass selbst komplizierte Generationenwechsel sicher begleitet werden können.«

Zur umfassenden Betreuung kann offenkundig auch die Eröffnung des Wegs zu Briefkastenfirmen in Steueroasen gehören. Bankchef Peters sieht sein Institut zu Unrecht in der Kritik. »Alle unsere Geschäfte sind zu 100 Prozent sauber.« Die Bank kenne alle wirtschaftlich Berechtigten, die hinter den Depots steckten. »Es war und ist nicht unser Geschäftsmodell, an der Gründung von Briefkastenfirmen mitzuwirken.«

Panama zählt zu den weltweit größten Anbietern von Offshore-Gesellschaften. Über einen Zeitraum von fast 40 Jahren soll Mossack Fonseca (MF) rund 215.000 anonyme Gesellschaften in 21 Rechtsräumen für über 14.000 KundInnen aufgesetzt haben. Mehr als die Hälfte der Offshore-Gesellschaften, hinter denen kein wirklicher Geschäftsbetrieb steht, sondern nur eine Briefadresse zur Verschleierung von Vermögensverhältnissen, sind auf den Britischen Jungferninseln beheimatet, fast 50.000 in Panama. Ganz offensichtlich war das



»Spitzeninstitut: Berenberg-Bank Hamburg, 2009 (Wikipedia)

für die Kanzlei ein einträgliches Geschäft, und der Rechtsraum Panama hat dabei eine zentrale Rolle gespielt. Die Jungferninseln halten gemessen an der Zahl der Offshore-Firmen mit rund 40% den größten Marktanteil, vor Panama und verschiedenen anderen Steueroasen. Nicht berücksichtigt sind dabei allerdings US-Gliedstaaten wie Nevada und Delaware. Besonders letzterer Bundesstaat hat das Steueroasen-Modell zu einer lukrativen Einnahmequelle für die eigene regionale Staatskasse entwickelt. In dem winzigen Staat an der US-Ostküste sind mehr als eine Million Firmen registriert – es hat damit mehr Firmen als EinwohnerInnen. Laut einem Treuhänder wäre allerdings in diesen US-Gliedstaaten ein Datenleck gar nicht möglich, weil diese im Unterschied zu allen anderen Offshore-Zentren über keine Informationen zu Aktionären, wirtschaftlich Berechtigten oder Kontrollinhabern verfügten.

Der US-amerikanische Sozialist Bernie Sanders, Kandidat in den Vorwahlen zur Nominierung des Präsidentschaftsbewerbers der Demokraten, unterstreicht: »Ich habe euch gewarnt, dass Panama eine Steueroase ist.« Aber noch einmal: Die USA sind selbst eine große Steueroase. Dort werden Vermögen in Nevada, Delaware oder Wyoming versteckt. Diese Bundesstaaten sind Schattenfinanzplätze wie Panama oder die Caymans. Es gibt nichts, was Sie in Bezug auf Briefkastenfirmen in Panama tun könnten, was nicht auch in Delaware möglich ist.

Was könnte die Politik gegen Steueroasen tun? Es gibt im US-Kongress einen Gesetzesvorschlag, der alle US-Bundesstaaten verpflichten würde, Informationen über die wahren wirtschaftlichen EigentümerInnen von Briefkastenfirmen einzuholen. Das wäre keine große Sache. Die Bundespolizei und die Finanzbehörden sollen Zugriff auf diese Informationen erhalten, es geht nicht um eine öffentliche Datenbank,

was freilich eine fantastische Kontrolle ermöglichte. Doch das Gesetz kommt seit Jahren nicht vom Fleck, weil viele Abgeordnete darin eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Bundesstaaten sehen.

Und dieselbe Verschleppung der Maßnahmen gegen Steueroasen und Briefkastenfirmen nach der Enthüllung der »Panama Papers« sehen wir bei wichtigen Industrie- und Schwellenländern. Unter Androhung von »Abwehrmaßnahmen« fordern die G-20-Finanzminister und Notenbankchefs alle Länder, Finanzzentren und Überseegebiete auf, dem automatischen internationalen Informationsaustausch zu Steuer- und Finanzdaten unverzüglich beizutreten. »Ein Schlag mit dem Hammer gegen die, die ihre Steuern in dunklen Ecken verstecken«, sagte Großbritanniens Finanzminister George Osborne. Aber in der Praxis wird die Regelung verschleppt, die Politik kalkuliert auf das Kurzeitgedächtnis der Öffentlichkeit.

Die Gruppe der kapitalistischen Hauptländer will so schnell wie möglich Daten über die »wirtschaftlich Begünstigten« hinter Briefkastenfirmen und anderen Firmenkonstrukten austauschen und Firmenregister vernetzen. »Das ist der Schlüssel«, sagte Finanzminister Wolfgang Schäuble.

Die US-Regierung will bald damit beginnen, die Aktivitäten der im eigenen Land existierenden Steueroasen durchleuchten zu lassen. Nach Angaben des US-Finanzministers sollen nun die Banken dazu verpflichtet werden, die wahren EigentümerInnen neu gegründeter Firmen zu identifizieren, die ein Konto eröffnen wollen. Bisher sind die US-Banken nur in sehr allgemeiner Form dazu verpflichtet, »ihre Kunden zu kennen«, sodass sie in der Praxis nicht daran gehindert sind, Geschäftsbeziehungen zu Briefkastenfirmen zu pflegen. »Steuerflucht und Steuervermeidung beschädigen die Staatshaushalte, gehen zulasten der Gerechtigkeit in unseren Steuersystemen und behindern das globale Wachstum«, erklärte US-Finanzminister Jacob Lew.

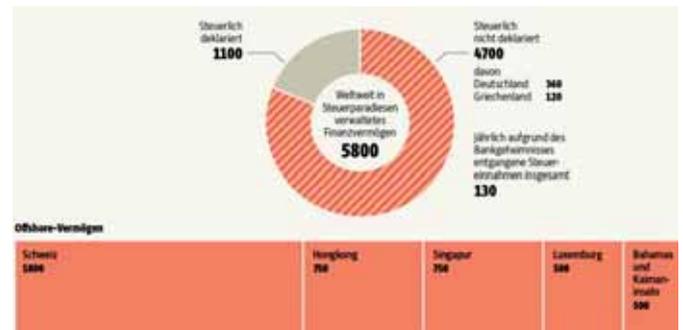
Mit einem Offshore-Vehikel kann sich ein Aktionär eine finanzielle Privatsphäre schaffen. Bank und Anwalt wissen, wer hinter einer solchen Struktur steht. Wenn der Kunde eines Finanzintermediärs nicht selber Organ der Gesellschaft sein will, organisiert die Bank oder die lokale Firma einen treuhänderischen Verwaltungsrat, der nach den Instruktionen des oder der Aktionäre handelt. Offshore-Vermögen ist Kapital, das in einem Land deponiert ist, in dem der Anleger keinen Wohn- oder Steuersitz hat. Befindet sich ein Auslandskonto etwa in einer Steueroase, spricht man gemeinhin von Offshore-Banking. Viele dieser Offshore-Banken sind unter einem International Banking Act (IBA) lizenziert, der sie vom eigentlichen Bankensystem des Landes abtrennt.

Das Faktum selbst ist also längst bekannt: Cayman Islands, Jersey, Singapur – in den Offshore-Zentren ist viel Vermögen angelegt. Besonders in Schwellen- und Entwicklungsländern ist die Kapitalflucht ausgeprägt. Den Staaten entgehen dadurch Einkommenssteuern in Milliardenhöhe. Unternehmer nutzen Offshore-Firmen zu internationalen Finanzierungszwecken und zur Steueroptimierung.

Der Wirtschaftswissenschaftler Gabriel Zucman gab für 2014 das weltweite Finanzvermögen für 2013 mit 73 Billionen

Abbildung 1: Was Steueroasen kosten

(Angaben in Mrd. Euro)



Quelle: SZ/Gabriel Zucman, 23.7.2014

Euro an. Er verweist darauf, dass die von ihm verwandte Methode bestimmte Vermögenswerte ausschließt. Zudem gibt es Abgrenzungsprobleme zwischen dem Vermögen von Privathaushalten und Unternehmen. Es handelt sich bei dem Globalvermögen wie bei dem Vermögen der privaten Haushalte um Schätzungen, die uns Hinweise auf die Größenordnungen geben. Von der Gesamtsumme von 73 Billionen Euro (Ende 2013) liegen 8%, also 5,8 Billionen Euro, auf Konten in Steueroasen. Zucman wertete internationale Kapitalströme aus, um den SteuerhinterzieherInnen auf die Schliche zu kommen. Eigentlich müssten die Kapitalausfuhren aller Länder genauso groß sein wie die weltweiten Kapitaleinfuhren – so wie ein Betrag bei jeder Überweisung auf zwei Konten auftaucht, einmal als Eingang und einmal als Abbuchung. Doch die offiziellen Kapitalstatistiken sind falsch, sie weisen zu wenig Vermögen aus. Geld verschwindet, ohne irgendwo anzukommen. Das sind die Milliarden, die in Steueroasen angelegt werden. (Vgl. Abb. 1.)

Einige Staaten – allen voran die Schweiz – stehlen anderen Ländern mithilfe von kriminellen Bankern Geld. Demnach liegen bei Schweizer Banken derzeit 1.000 Milliarden Euro, deren Eigentümer europäische KundInnen sind. Der größte Teil, ein Fünftel, gehört Deutschen. Eine ebenso große Summe liegt auf Konten in Singapur, Hongkong, Luxemburg und anderen Steueroasen. Die Frage ist nun: Welche Menge wird an die heimischen Finanzämter gemeldet?

Hier kommt also die Hamburger Finanzbehörde ins Spiel. Senator Peter Tschentscher (SPD) erklärt markig: Hamburg bekämpft die Steuerhinterziehung energisch. Für ihn sind die Panama Papers über Hunderttausende anonyme Briefkastenfirmen nur ein fast überflüssiger Hinweis auf die Quelle des Übels: Die effektive Kontrolle und Besteuerung der Reichen und Superreichen ist der Schlüssel. Allerdings gibt es an der Effektivität des Hamburger Steuervollzugs seit Jahrzehnten Zweifel. In der Tat: Die SPD hätte die Aufregung über die Panama Papers und das Agieren der Berenberg-Bank ver-

¹ Nach Passagen in der »Ilias« und der »Odyssee« des altgriechischen Dichters Homer (2. Hälfte des 8. Jahrhunderts v.u.Z.), wo das Lachen der Götter als »unauslöschlich« oder »unermesslich« beschrieben wird, bezeichnet man ein schallendes, nicht enden wollendes Gelächter in gehobener Ausdrucksweise häufig als »homerisches Gelächter«.

meiden können, wenn sie schon vorher tätig geworden wäre. Hamburg hat bei Weitem nicht genug gegen SteuerbetrügerInnen unternommen.

Tschentscher weist diese Vorwürfe zurück. Die Gründe für die Nutzung von Briefkastenfirmen seien zwar vielfältig, »müssen aber vermutlich in den meisten Fällen der Kategorie illegale Geschäftspraktiken und Steuerflucht zugeordnet werden«. Es sei bereits viel gegen Steuerhinterziehung unternommen worden, und nun müsse man die Banken zur Rechenschaft ziehen, wenn diese nachweislich Beihilfe zum Steuerbetrug leisteten. »Heute sagen ja einige, am Überfall selbst waren wir nicht beteiligt, wir haben nur das Fluchtauto gestellt – einschließlich Fahrer«, sagte Tschentscher. »So geht das nicht.«

Die These, dass Hamburg und im Besonderen die Sozialdemokratie viel gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung unternommen habe, müsste ein homerisches Gelächter hervorrufen.¹ In Hamburg reich zu sein hat nämlich einen bundesweiten Vorzug: Seit Jahren sind die Chancen auf eine genaue Prüfung der rechtmäßigen Besteuerung des Vermögens der Reichen und Supereichen im bundesweiten Vergleich gering. Der Landesrechnungshof stellt in seinem Jahresbericht 2016 fest: »Es ist nicht gewährleistet, dass alle Steuerpflichtigen mit bedeutenden Einkünften als potenzielle Prüfungsfälle in der Betriebskartei erfasst werden. (...) Die statistische Erfassung der Außenprüfungen und

ihrer Ergebnisse ist mit Mängeln behaftet.« Was bedeutet das? »Die Außenprüfung bei Steuerpflichtigen mit bedeutenden Einkünften ist seit geraumer Zeit Gegenstand der politischen Diskussion. Immer wieder wird deren geringe Zahl problematisiert. Tatsächlich wurden 2014 nur 33 Außenprüfungen dieser Fallgruppe zugeordnet. Der statistische Prüfungsturnus betrug danach mehr als 20 Jahre. Zwar hat die Finanzbehörde – Steuerverwaltung – schon 2011 reagiert und versucht, die Finanzämter zu einer häufigeren Prüfung jener Steuerpflichtigen anzuhalten. Damit ist sie jedoch, wie die statistische Entwicklung zeigt, im Ergebnis gescheitert: Die Zahl der Prüfungen betrug im Schnitt der Jahre 2008 bis 2011 32,25 Prüfungen pro Jahr. In den Jahren 2012 bis 2014 – nach Bekanntgabe des Erlasses – erhöhte sich dieser Wert nur auf 35 Prüfungen pro Jahr.«

Der Rechnungshof hat zudem festgestellt, dass sich die Außenprüfung bei Steuerpflichtigen mit bedeutenden Einkünften, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auf die Überprüfung der erklärten Besteuerungsgrundlagen beschränkt hat. Die Möglichkeit, durch Erhebungen zur Einkommensverwendung verschwiegene Einkunftsquellen zu ermitteln, wurde in aller Regel nicht genutzt. Auch wenn derartige Erhebungen tendenziell schwerer geworden sind, hat der Rechnungshof davor gewarnt, der Prüfung der Einkommensverwendung von vornherein keine Bedeutung mehr zu schenken.

Schlussfolgerung: Panama beginnt in Hamburg.

Reiche, arme Hansestadt

Joachim Bischoff und Bernhard Müller haben im April eine 19-seitige Studie über die zunehmende soziale Spaltung in Hamburg vorgelegt. Sie trägt den Titel **Hamburg: Reiche, arme Hansestadt – Soziale Spaltung, öffentliche Finanzen und Armutsbekämpfung**. Diese Untersuchung, die endlich auch einmal den Reichen und Superreichen die nötige Aufmerksamkeit schenkt, findet sich im Netz unter www.vorort-links.de/uploads/media/Soziale_Spaltung_04_2016_end_end.pdf. Ein kleiner Ausschnitt sei hier noch mit aufgenommen, die Reich(st)en-Liste des »Manager-Magazins«:

Hamburger unter den 100 reichsten Personen bzw. Familien in Deutschland 2014

Rang	Name oder Familie	Unternehmen	Ort	Vermögen in Mrd. €
7	Michael, Wolfgang, Petra und Ingeborg Herz	Maxingvest (u.a. Beiersdorf, Tchibo)	Hamburg	11,0
8	Familie Otto	Otto Versand	Hamburg	9,5
10	Familie Oetker	Oetker	Bielefeld/Hamburg Süd/Hamburg	7,7
17	Klaus-Michael Kühne	Kühne + Nagel/Hapag Lloyd	Schweiz/Hamburg	5,8
22	Familie Günther Herz	Mayfair/DNV GL	Hamburg	4,0
23	Familie Daniela Herz/Schnoeckel	Mayfair/DNV GL	Hamburg	4,0
27	Friede Springer	Axel Springer	Hamburg/Berlin	3,6
28	Günther Fielmann	Fielmann	Hamburg	3,6
34	Familie Bauer	Bauer Media	Hamburg	3,0
35	Familie Weisser	Marquard & Bahls	Hamburg	3,0
54	Familie Jahr	Gruner + Jahr	Hamburg	2,4
59	Bernard GR, Broermann	Asklepios Kliniken	Hamburg	2,2
69	Dieter Schnabel	Helm	Hamburg	2,0
91	Familie Peter Möhrle	vorm. Max Bahr	Hamburg	1,5
Summe Vermögen				63,3

»Eine Brücke ist kein Zuhause!«

Von Bettina Reuter, Sprecherin »Hamburger Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot«



Demo am 31.3.2016 (Foto: Heike Sudmann)

Am 30. März führte das »Hamburger Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot« eine Kundgebung vor der Zentralbibliothek durch. Wie schon in den Vorjahren wollte der Zusammenschluss auf das an diesem Tag auslaufende Winternotprogramm aufmerksam machen. Dieses Auslaufen hat zur Folge, dass seit dem 1. April wieder Hunderte Obdachlose auf der Straße übernachten müssen, schlicht deswegen, weil die monatelang zur Verfügung gestellten Übernachtungsplätze wieder »abgebaut« werden. Ein menschlicher wie sozialpolitischer Skandal, wie wir finden – was wir durch unsere Beteiligung an der Aktion auch unterstrichen haben.

Wir danken Bettina Reuter für die Erlaubnis, ihre an diesem Tag gehaltene Rede im »BürgerInnenbrief« abzudrucken.

Heute Nacht können Obdachlose zum letzten Mal in diesem Winter die Unterkünfte des Winternotprogramms nutzen. Insgesamt gab es bis zu 1.040 Plätze in diesem Winter, die größtenteils (über 90%) ausgelastet waren. Das heißt, etwa 950 Obdachlose haben jede Nacht dieses Angebot genutzt. Ab Morgen werden diese Menschen zusätzlich auf Hamburgs Straßen schlafen müssen, obwohl die Nächte noch bitterkalt sind. Wir gehen davon aus, dass jetzt insgesamt ca. 2.000 Menschen nachts auf Hamburgs Straßen bleiben müssen, weil sie nicht wissen, wo sie schlafen sollen!

Wir sind heute hier, um dagegen zu protestieren, dass der Hamburger Senat sich nicht ausreichend darum kümmert, *ganzjährig* genügend Notübernachtungsplätze bereitzustellen. Für alleinstehende Obdachlose gibt es ab jetzt nur die 260 Plätze im Pik As und 30 Plätze im »Frauenzimmer« als Notübernachtungsplätze. Für obdachlose Familien wird es von Mai bis September einige Plätze in einer der jetzt freiwerdenden Winternotunterkünfte geben. Beide großen Winternotunterkünfte werden in dieser Zeit für bleibeberechtigte Geflüchtete und obdachlose Familien vorgehalten werden.

Das Hamburger Aktionsbündnis fordert für alle obdachlosen Menschen in dieser Stadt, gleichberechtigt ganzjährig akzeptable Unterbringungsplätze in ausreichender Zahl zur Ver-

fügung zu stellen! Nach dem Sicherheits- und Ordnungsgesetz der Freien und Hansestadt Hamburg besteht eine unbedingte Aufnahmeverpflichtung jedes unfreiwillig Obdachlosen, ungeachtet seiner Staatsbürgerschaft.

Ab heute wird hier auf dem Platz vor der Zentralbibliothek unsere Fotoausstellung: »Obdachlos in Hamburg – Zwischenstation Winternotprogramm« für 14 Tage ausgestellt. Sie zeigt die Situation der Menschen, die täglich in Hamburg ohne Obdach ihr Leben organisieren müssen. Wie sie sich nachts draußen oder im Winternotprogramm und tagsüber in den Tagesaufenthaltsstätten oder auch nur draußen aufhalten können, weil sie keine Chance haben, eine Wohnung zu finden. Die Ausstellung wird danach jeweils für weitere zwei Wochen auf dem Michel-Vorplatz, im Foyer des Diakonischen Werkes sowie auf dem ZOB in Wandsbek zu sehen sein.

Wir fordern vom Hamburger Senat, nicht mehr wegzuschauen angesichts der katastrophalen Lebenssituation obdachloser Menschen in einer der reichsten Städte Deutschlands.

Wir fordern:

- Ein spezielles Wohnungsbauprogramm für Geringverdiener und besonders benachteiligte Gruppen.
- Die Grundstücksvergabe muss an die Verpflichtung gebunden werden, preisgünstigen Wohnraum zu erstellen.
- Im Neubauprogramm muss der Sozialwohnungsanteil stark erhöht werden.
- Wir fordern weiterhin die konsequente Nutzung des kommunalen Wohnungsunternehmens SAGA GWG für eine soziale Wohnungspolitik in Hamburg. SAGA GWG muss jede zweite Wohnung für vordringlich wohnungssuchende Haushalte zur Verfügung stellen!
- Außerdem fordern wir die sofortige Aufhebung der Freistellungsgebiete. Das sind Gebiete, in denen aufgrund der beabsichtigten Verbesserung der Sozialstruktur Sozialwohnungen auch an besser verdienende Bürger vergeben werden dürfen. Wir fordern, dass diese freiwerdenden, öffent-



Fotoausstellung »Obdachlos in Hamburg ...« (B. Reuter)

lich geförderten Wohnungen ausschließlich wieder an den gesetzlich vorgesehenen Personenkreis, also Menschen mit geringem Einkommen, vergeben werden.

8.000 Wohnungs- und obdachlose Menschen in Hamburger benötigen dringend eine Wohnung!

Der Hamburger Senat verspricht, jedes Jahr 6.000 neue Wohnungen zu bauen, 2.000 davon sollen Sozialwohnungen werden. Aber bei dem derzeitigen Wohnungsmangel reicht das leider längst nicht aus! Unsere Stadt zeigt in diesen Monaten, dass mit großer Entschlossenheit Wohnraum für Menschen ohne Obdach geschaffen werden kann. Das ist gut, weil es

eine rechtliche Pflicht einlöst und gleichzeitig zeigt, dass in unserer Stadt Platz für alle Menschen sein soll. Dieses Recht gilt für alle Obdachlosen. Jeder Mensch hat ein Recht auf einen sicheren Platz in unserer Stadt. Die Stadt muss viel schneller, viel mehr Wohnungen zur Verfügung stellen, damit die Zahl der Obdachlosen endlich reduziert wird und die Konkurrenz um günstigen Wohnraum abgebaut wird. Wir fordern vom Hamburger Senat, in den nächsten fünf Jahren die Anzahl der Obdachlosen um die Hälfte zu reduzieren, denn eine Brücke ist kein Zuhause!

Kurzmeldungen zur Wohnungspolitik

von Heike Sudmann



Verkehrsgünstig... & gefördert: »Landwehrhöfen« (M. Fisch)

Drittermix endlich abgeschafft?

Jahrelang hat die SPD gepredigt, dass Hamburg beim Wohnungsbau einen Drittermix brauche: ein Drittel öffentlich geförderter Wohnungsbau für Menschen mit wenig Einkommen, ein Drittel freifinanzierter und ein Drittel Eigentumswohnungsbau. DIE LINKE und viele andere haben mit Verweis

auf die reale Lage diesen Drittermix stets heftig kritisiert. Solange über 50% aller Hamburger Haushalte Anspruch auf eine geförderte Wohnung haben und gleichzeitig die Zahl der Sozialwohnungen schmilzt wie Schnee in der Sonne, müssen beim Neubau viel mehr als 33% Sozialwohnungen dabei sein.

Die nun in den Medien genannten neuen Zielzahlen des

Senats scheinen das Ende des Drittmixes einzuläuten. Doch leider in eine ganz andere Richtung als von uns gefordert: nicht mehr, sondern weniger als ein Drittel soll zukünftig die Zielzahl für die öffentlich geförderten Wohnungen lauten. Von den angeblich geplanten Baugenehmigungen für 10.000 Wohnungen jährlich sollen nur noch 3.000 Wohnungen öffentlich gefördert werden, so NDR 90,3 in einem Bericht am 9. April. Wenn sich das bestätigt, werden die Chancen auf dem Wohnungsmarkt noch schlechter für die meisten HamburgerInnen. Irgendwann werden dann nicht mehr nur die Mieten explodieren, sondern auch die MieterInnen: vor Wut über den Mangel an bezahlbarem Wohnraum!

Wohnungsbau für Geflüchtete: Reale Beteiligung und mehr Geld für Stadtteile sind möglich – jetzt einfordern!

Im Herbst letzten Jahres schreckte der Senat mit der Ansage auf, dass in jedem Bezirk eine Großsiedlung mit jeweils 800 Wohnungen für Geflüchtete entstehen sollte. Mit Ausnahme der Mehrheit im Bezirk Bergedorf haben sich alle Bezirke geweigert, Projekte in dieser Größenordnung umzusetzen. Mittlerweile ist der Senat von dieser Linie abgewichen, dazu haben vor allem die Kritik der BezirkspolitikerInnen fast aller Couleur, die Proteste vieler BürgerInnen vor Ort – durchaus mit sehr unterschiedlicher Motivation – und die Volksinitiative der IFI (»Initiative für eine erfolgreiche Integration in Hamburg«) beigetragen.

Die Bürgerschaftsfraktionen von SPD und GRÜNEN hatten für die neuen Wohnquartiere in einem 25-Punkte-Antrag viele Forderungen für eine aus ihrer Sicht gelingende Integration aufgelistet (Drs. 21/2550). Die Forderungen zum Sozialraum, zu Kindern, Jugend und Familie, zu Kitas und Schulen, zur Jugendhilfe, zu Frauen, zur Stadtplanung und zur Beteiligung lesen sich überwiegend sehr gut, doch oft fehlt die Konkretisierung.

In der Bürgerschaft ist es der LINKEN gelungen, weitergehende Forderungen durchzusetzen. So wurde auf unsere Initiative hin der Punkt Beteiligung wie folgt erweitert:

»An allen geplanten Standorten für Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen sind Beteiligungsprozesse zu starten bzw. fortzuführen mit mindestens den jeweiligen

- AnwohnerInnen,
- sozialen Einrichtungen und Trägern,
- politischen Gremien,
- ehrenamtlichen Gremien, wie Stadtteil(bei)räten, Sanierungsbeiräten, SeniorInnenbeiräten etc.,
- Flüchtlingsinitiativen sowie
- VertreterInnen von Geflüchteten, ggfs. Geflüchteten, die schon seit mehreren Jahren in Hamburg leben,
- und ggfs. weiteren AkteurInnen.

Ziel des Beteiligungsprozesses ist die Schaffung guter Rahmenbedingungen für die jeweils geplante Siedlung und einer größtmöglichen Akzeptanz unter den Betroffenen.«

Damit wird auch endlich ein deutliches Signal gesetzt, mit den Geflüchteten gemeinsam zu planen und nicht über ihre Köpfe hinweg.

Auch konnten wir erreichen, dass die Finanzierung der Infrastruktur und sozialen Maßnahmen in den Quartieren nicht über Kürzungen an anderer Stelle in den betroffenen Politikfeldern realisiert wird. In Zeiten der Schuldenbremse ist das ein nicht zu unterschätzender wichtiger Punkt. Die Endfassung des Antrages sowie die Diskussion hierzu findet sich in der Drs. 21/4066.

Damit die hehren Absichtserklärungen von Rot-Grün umgesetzt werden und die erweiterten Beteiligungsmöglichkeiten nicht nur auf dem Papier stehen, sollten alle Aktiven und Einrichtungen in den Stadtteilen diese 25 Punkte aus der Tasche ziehen und ihre Forderungen stellen.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Gut und schlecht zu wissen ...: In der täglichen Lektüre von Zeitungen und Materialien begegnen uns oft Daten und Argumente, bei denen wir spontan denken, »ach Mensch, das müssten die Leute wissen oder zumindest im Kopf behalten«. Manches werden die LeserInnen des »BürgerInnenbriefes« schon kennen, aber vielleicht lohnt doch das eine oder andere verstärkt in Erinnerung gebracht zu werden. Fangen wir einfach mal an.



»**Jedem Zweiten droht Altersarmut**«, titelte das »Hamburger Abendblatt« am 13. April, und zitierte damit das alarmierende Fazit einer Studie des Westdeutschen Rundfunks (WDR): »Schon in anderthalb Jahrzehnten erhält womöglich fast jeder zweite Neurentner nur noch Altersbezüge auf Sozialhilfeniveau. Denn **bis 2030 kann das Rentenniveau nach geltendem Recht auf 43% sinken**. Um dann eine Rente über dem Sozialhilfesatz zu bekommen, müsste ein Arbeitnehmer nach heutigem Stand 40 Jahre lang ununterbrochen mindestens rund 2.100 Euro monatlich verdienen.« Der »Dank« für diese Entwicklung geht an die SPD- und CDU-Regierungen, die den Rentenabbau und die Verarmung eines erheblichen Teils der Bevölkerung in den letzten anderthalb Jahrzehnten offensiv betrieben haben. Sollen die sich jetzt bitteschön nicht überrascht zeigen von den »Früchten« ihrer Politik! In Hamburg, so der Sozialverband

Deutschland (SoVD), sei die Gefahr der Altersarmut schon heute besonders hoch. Allein in den vergangenen zehn Jahren habe das Armutsrisiko um die Hälfte zugenommen, nämlich auf mehr als 24.000 RentnerInnen, die auf staatliche Hilfe angewiesen seien, weil sie weniger als 840 Euro im Monat zur Verfügung hätten (NDR-Meldung vom 13.4.2016).

»Die Linkspartei zählt nicht gerade zu den Lieblingen der Wirtschaft«, war am 11. April in der »Hamburger Morgenpost« zu lesen. Da hat sie Recht. Von den 2014 offiziell gespendeten knapp 62 Mio. Euro (überwiegend von Konzernen und Lobbyisten) gingen, so der jetzt veröffentlichte Rechenschaftsbericht, 25,9 Mio. an die CDU (davon 7,9 Mio. aus der Industrie), 13,6 Mio. an die CSU, 15,1 Mio. an die SPD, 4,7 Mio. an die GRÜNEN und vergleichsweise karge 2,3 Mio. Euro an DIE LINKE – und die von einer größeren Anzahl von KleinspenderInnen.



»Er will 900.000 fürs Nichtstun«, so die »Hamburger Morgenpost« am 15. April in fetten Lettern über den voraussichtlich im Juni scheidenden **Chef der HSH Nordbank, Constantin von Oesterreich**. Die Funktion hat dieser feine Herr erst seit 2012 inne und das bei einem viiiiel zu gering bemessenen Jahresgehalt von 500.000 Euro, auch wenn noch 100.000 Euro jährlich für die Altersversorgung dazu kommen. Da müssen 900.000 Euro Entlassungsprämie halt schon sein. Wunderbar das alles, wenn mensch auch noch an die Milliar-

den denkt, die die HSH in den Sand gesetzt hat und von den SteuerzahlerInnen ausgeglichen werden mussten, noch wunderbarer, wenn die Bank dank der großartigen Leistung u.a. eines Herrn v. O. kurz vor der Insolvenz steht und sie jetzt erst recht niemand mehr kaufen will. Das erinnert irgendwie an die Vorstandsmitglieder von VW, die trotz millionenfachen Betruges an den KundInnen (Stichwort Autoabgasprüfungen) und bereits eingeleiteten »Abbaus von Arbeitsplätzen« wenigstens auf ihre »Boni« in fünfstelliger Größenordnung bestehen. »Eins ist sicher«, hieß es mal, die Rente ist es nicht. Jedenfalls nicht die von Millionen ArbeitnehmerInnen.

»Rüstungsausgaben stiegen 2015 weltweit erstmals wieder an«, meldete »FOCUS Online« am 5. April. **1,471 Billionen Euro** sind im letzten Jahre für militärische Zwecke ausgegeben worden, das entsprach einem Anwachsen von einem Prozent gegenüber den Vorjahren, so das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI in seinem neuen Jahresgutachten. 596 Mrd. Euro (= 36% aller Militärausgaben) gaben alleine die USA aus, gefolgt von China mit 189 Mrd., Saudi-Arabien mit 76,5 Mrd. und Russland mit schlapen 58,3 Mrd. Deutschland steht mit seinen offiziellen 34,6 Mrd. Euro an neunter Stelle.



Nur um die Dimensionen zu veranschaulichen: 1,5 Billionen, das ist etwa das Fünffache des bundesdeutschen Etats (2016: 316,9 Mrd. Euro), genug, um die Unterernährung auf dem Globus mit einem Schlag abzustellen.

»Hamburg schiebt mehr ab«, so die »Hamburger Morgenpost« am 30. März. Einige Monate lang ließ sich Hamburg unter Bürgermeister Scholz als Metropole des Willkommens feiern. Doch die jüngsten Entwicklungen weisen ins genaue Gegenteil. Im Februar waren laut Mopo in Hamburg 7.768 »ausreisepflichtige Menschen« registriert. Tatsächlich **abgeschoben wurden alleine in diesem letzten Wintermonat 399 Personen** (im Januar waren es noch 321), weitere geplante 114 Abschiebungen scheiterten. Wenn der SPD-GRÜNEN-Senat in diesem Tempo weitermacht, also allmonatlich 400 bis 500 Abschiebungen u.a. in »sichere Herkunftsstaaten« vornimmt, dann können wir die Uhr danach stellen, wann der Bürgermeister die Zielzahl von 5.600 »Expressbauten« für Geflüchtete bis Ende 2016 infragestellen wird.



»Herrschaftszeiten« nannte die »konkret« lange Zeit ihre Rubrik mit solcherart erquickenden Meldungen. Heute ist sie mit **»krieg & frieden«** überschrieben.



Hinweisen möchten wir auf den **Newsletter zur Arbeitsmarktpolitik von Inge Hannemann**, der bundesweit bekannten Hartz-IV-Gegnerin und arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der Linksfraktion. Die neueste Ausgabe gibt es hier: www.inge-hannemann.de/newsletter_inge_hannemann/inge_hannemann_mdhb_newsletter_032016/.

Der sowieso schon unterbesetzte **Bezirkliche Ordnungsdienst** (BOD) ist bekanntlich der Streichungswut des SPD-Senats zum Opfer gefallen. Seitdem wird vermehrt Müll auf den Wegen abgestellt, die Anleinpflanzung in Parks vernachlässigt, die Außengastronomie in Szenevierteln schon mal bis an die Bordsteinkante erweitert und die Trottoire zugestellt. Nein, halt, zumindest für Letzteres gibt es ja das »Parkraum-Management«, das allerdings vorrangig eine wachsende Zahl an »Knöllchen« verteilt. Weniger bekannt ist der **Melde-Michel, Hamburgs Beschwerdeinstanz** für Probleme auf und neben den Straßen, mit dem Baumbestand und im öffentlichen Raum, konkret z.B. bei Verschmutzung auf Fuß- und Radwegen. Wer was hat, melde sich telefonisch unter 25 76 11 11 (Stadtreinigung) oder im Netz via www.hamburg.de/melde-michel/.



Bisweilen werden AnwohnerInnen davon überrascht, dass die drei Straßenbäume von gegenüber plötzlich verschwunden sind. Die Fällung wurde nicht angekündigt, ein rechtzeitiger Protest somit unterlaufen. Und so verliert das »grüne« Hamburg jedes Jahr per Saldo einige Tausend Bäume. Seit März 2016 sind nunmehr (fast) alle Straßenbäume (rund 225.000) im Netz für alle transparent erfasst. Mehr noch, klickt mensch den jeweiligen Baum auf der Karte an, öffnet sich ein Fenster mit Informationen zur jeweiligen Gattung und Baumart, zum Pflanzjahr, Stammumfang und Kronendurchmesser. Das neue **Baumkataster** (www.hamburg.de/strassenbaeume-online-karte/) zeigt, dass und wie es möglich ist, große Datenmengen zu erfassen und anschaulich zu vermitteln. Warum nicht auch für städtische Liegenschaften, allemal die leer stehenden?

Durchaus Erstaunliches enthält der **Datenschutz Tätigkeitsbericht 2014/2015**, den der Datenschutzbeauftragte Prof. Dr. Johannes Caspar bereits im Dezember 2015 vorgelegt hat. Wer hätte hier etwas mit kritischem Grundton erwartet, z.B. zur »Veröffentlichungspflicht abgelehnter Bauvorbescheide«, zu »Preisen in Olympiaverträgen«, zu »Bodenwertgutachten »Neue Mitte Altona««, zum Thema »Leerstände von Wohnraum und die innere Sicherheit« oder zu »Angeboten für die City-Hochhäuser«? Wahrscheinlich kaum jemand... Es lohnt sich also, mal »reinzublättern« unter www.datenschutz-hamburg.de.



Um »Neubauwohnungen für Wohnungslose« geht es auf einer Fachveranstaltung der Hamburger Diakonie am **Dienstag, den 19. April**, von 14.30 bis 17.00 Uhr im Haus der Patriotischen Gesellschaft (Trost-Brücke 6). Zu Beginn stellen Volker Busch-Geertsema und Axel Steffen (GISS e.V. Bremen) ihre Evaluationsstudie **Dauerhafte Versorgung mit Neubauwohnungen: Ergebnis der Begleitforschung zum Modellprojekt in Altona** vor. An der Podiumsdiskussion über die Ergebnisse dieser Studie nehmen teil: Prof. Dr. Volker Busch-Geertsema, Ulrich Magdeburg (Neue Wohnung gGmbH), Barbara Rieck (Projektleiterin Neue Wohnung gGmbH), Michael Klahn (Leiter des Amtes für Soziales in der BASFI) sowie Dr. Heike Opitz (Abteilungsleiterin Wohnen in der BSW). Anmeldung an anmeldung.me@diakoniehamburg.de.



Vom **20. April bis zum 31. Mai** währt der **3. Monat des Gedenkens in Hamburg-Eimsbüttel**. Am **Donnerstag, den 21. April**, 18.00 bis 20.00 Uhr, stellen Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft einige der rund **50 Veranstaltungen und Projekte des Gedenkkonats** vor. Ehrengäste sind Esther Bejarano, Peggy Parnass und Ruth Draeger, Freundinnen der 2015 verstorbenen »Schirmfrau« Steffi Wittenberg. Veranstaltungsort ist die EX-HWP, heute der Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg (Von-Melle-Park 9). Das Gesamtprogramm findet sich hier: www.gedenken-eimsbuettel.de.

Für **Donnerstag, den 21. April**, hat die verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Heike Sudmann, die **verkehrspolitisch Interessierten zu einer Beratung** in die Räume der Bürgerschaftsfraktion in der Lilienstraße 15 (2. OG) eingeladen. Von 18.30 bis 20.00 soll es vor allem um »Tempo 30 in der Stadt« sowie »Rechtsabbiegepfeil für RadlerInnen« gehen. Darüber hinaus geht es um einen Austausch zwischen den Bezirken.

Zu einem neuen **Rosa-Luxemburg-Salon** laden Antje Géra und Regina Jürgens am **Donnerstag, den 21. April**, um 19.00 Uhr in die Zimmerpforte 8 (Hansaplatz) ein. Ausgangspunkt für den mit der abendlichen Debatte eingerichteten Lesekreis ist Frigga Haugs neues, im Argument-Verlag erschienenenes Buch mit dem Titel »Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik«.



Auch in diesem Jahr können wir wieder **Lesen ohne Atomstrom**, zumindest die Forderung nach dem schnellstmöglichen Ausstieg aus eben diesem durch Beteiligung an den **erneuerbaren Lesetagen** unterstreichen. Und alles zum Nulltarif. Eine Woche lang, **vom 21. bis 27. April**, sind eine Reihe bekannter AutorInnen zu Gast in Hamburg, lesen und diskutieren mit dem Publikum: beispielsweise am Samstag, den 23. April, Luc Jochimsen, Beate und Serge Klarsfeld um 19.00 Uhr im »Metropolis Kino«. Und am Sonntag, den 24. April, 20.00 Uhr, gibt es im »Schmidt Theater« eine Lesung von Axel Milberg aus Henning Mankells Buch »Treibsand«. Das Gesamtprogramm findet sich unter www.lesen-ohne-atomstrom.de.

Über etliche Monate konnten sich die WilhelmsburgerInnen bei einem aufwändigen **Beteiligungsverfahren** einbringen und Vorschläge für die Zukunft ihrer Elbinsel machen. Gegenüber den bezirklichen Gremien wurden die Ergebnisse bereits weit kommuniziert, jetzt soll auf der **Inselkonferenz 2016** noch einmal rückgespiegelt werden, was in den Bereichen 1) Wohnen, 2) Partizipation, 3) Verkehr/Naturschutz/Gewässer/Gärten, 4) Miteinander leben/Nachbarschaft/Sport/Bildung/Lokale Ökonomie/Beschäftigung und 5) Kulturkanal/Kultur geplant ist. Die Veranstaltung des Bezirksamtes Hamburg-Mitte findet am **Freitag, den 22. April**, in der Zeit von 16.00 bis 19.20 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg statt. Anmeldung per Email an enno.redeker@hamburg-mitte.hamburg.de.



Vom **22. bis 24. April** kommt in **Köln** das **2. bundesweite Treffen stadtpolitischer Gruppen** zusammen. Es geht um Austausch, Vernetzung und Strategiefindung der alternativen Zusammenhänge in den Städten, um das Recht auf Stadt für alle. Da die Anmeldefrist zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses BürgerInnenbriefs bereits abgelaufen ist, empfiehlt sich bei Interesse eine E-Mail an die OrganisatorInnen unter assr@buko.info.



Wie bereits vielfach angekündigt, steigt am **Samstag, den 23. April**, in **Hannover** die **norddeutsche Demonstration gegen die Freihandelsabkommen CETA und TTIP**. Infos über die Veranstaltung gibt es unter <http://ttip-demo.de/home/>, der breit unterzeichnete Aufruf findet sich hier: <http://ttip-demo.de/home/aufruf/>. Wer etwas zu den Hamburger Aktivitäten (inkl. Mitfahrgelegenheiten) erfahren möchte, schaut unter: <http://stopp-ttip-hamburg.de/>.

Einen Öffentlichen Ratschlag zu den Plänen für die Hafenuerspanne (HQS) (»A26-Ost«) führt der Verein Zukunft Elbinsel e.V. am **Dienstag, den 26. April**, um 19.00 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengestraße 20) durch. Im Mittelpunkt stehen dabei der Austausch über die Möglichkeit einer Einwendung und die Chancen dieses politischen Widerstandes, der in Sachen HQS nun schon seit vielen Jahren anhält. Etliche Aktionen gegen diese Stadtautobahn quer durch Wilhelmsburg haben immer wieder dazu geführt, dass sich das Vorhaben in Luft auflöste. Bis 2025 soll es jetzt aber ernst werden mit einer A26-Ost, die die A7 in Moorburg mit der A1 an der Anschlussstelle Stillhorn in Wilhelmsburg verbinden würde.



Eine öffentliche Podiumsdiskussion unter der Überschrift **Läuft! Sicher! Leise. Sauber. Schnell. Danke, Tempo 30!** führt der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) Hamburg am **Donnerstag, den 28. April**,

durch. Der ADFC eröffnet damit auch seine Kampagne für ein lebenswerteres Hamburg und mehr Sicherheit im Verkehr: »Schöner zu wohnen, ruhige, saubere Umwelt zu genießen, sicher unterwegs zu sein und doch immer zügig voranzukommen«. Wie das geht, darüber soll auf der um 19.00 Uhr im Kulturhaus Sternchance (Schröderstiftstraße 7) beginnenden Veranstaltung informiert werden. Podiumsgäste sind Martin Randelhoff (Zukunft Mobilität), Lars Pochnicht (SPD) und Dirk Lau (ADFC), die Moderation liegt bei Dr. Anke Butscher (abconsult.net).



Geradezu ein Muss für alle an der Geschichte der Arbeiterbewegung Interessierten ist eine Veranstaltung am **Donnerstag, den 28. April**, um 19.00 Uhr im Haus des CVJM (An der Alster 40). An diesem Abend berichtet **Theodor Bergmann** über sein bewegtes Leben, und das währt nun seit dem 7. März 2016 einige Wochen mehr als ein Jahrhundert! Die Veranstaltung des VSA: Verlages (bei dem soeben die dritte, überarbeitete Auflage seiner Autobiografie »Im Jahrhundert der Katastrophen« erschien) und der Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg trägt denn auch den Titel **Ein Jahrhundertleben**.

Für **Samstag, den 30. April**, wird eine überregionale **Demonstration** unter der Parole **Breite Solidarität gegen Rassismus und Repression!** vorbereitet. Im Mittelpunkt steht dabei die Unterstützung von sechs Personen, die als »vermeintliche BesetzerInnen« eines Hauses in der Breiten Straße zurzeit vor Gericht stehen. Die Demo startet um 18.00 Uhr in der Schanzenstraße/Ecke Bartelsstraße. Mehr unter <http://breitesolidaritaet.blackblogs.org>.

Den **71. Jahrestag der Befreiung von Nationalsozialismus, Konzentrationslagern und Krieg** begeht die Freie und Hansestadt Hamburg in diesem Jahr am Dienstag, den 3. Mai, auf dem ehemaligen Appellplatz bzw. beim Südflügel der damaligen Walther-Werke auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Jean-Dolidier-Weg 75). Nach der Kranzniederlegung um 17.00 Uhr eröffnet der Leiter der Gedenkstätte, Dr. Detlef Garbe, die Gedenkveranstaltung um 17.30 Uhr. Es folgen Ansprachen von Dr. Dorothee Stapelfeldt (Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen), Roman Kamieniecki (polnischer Überlebender des KZ Neuengamme), Dr. Martine Letterie (Vizepräsidentin der Amicale Internationale KZ Neuengamme (AIN) und Enkelin eines niederländischen Häftlings des KZ Neuengamme). Zudem gibt es die Präsentation »Welcher Film spielt denn hier?« vom Jugendprojekt der KZ-Gedenkstätte sowie Musik vom Neuen Chor Hamburg. Über das Programm rund um den 8. Mai, den international begangenen Tag der Befreiung vom Faschismus, informiert eine Broschüre (s. unter www.KZ-Gedenkstaette-Neuengamme.de).



Am **Samstag, den 7. Mai**, ab 16.00 Uhr, lädt ein antifaschistisches Bündnis unter Einschluss der LINKEN ein zum **Fest der Befreiung von Faschismus und Krieg**. Wie im Vorjahr wird es in den Wallanlagen (nahe dem U-Bahnhof St. Pauli, gegenüber der Eisbahn) ein umfangreiches Kulturprogramm, Infostände, ein Kinderprogramm und genug zu essen und zu trinken geben. Näheres siehe unter www.fest-der-befreiung-hamburg.de.



Der Verkehrsexperte und neuerdings auch Krimiautor Dr. Bernd-Dieter Schlange hält am **Freitag, den 20. Mai**, in Kooperation mit der Portugiesischen Hanseatischen Gesellschaft einen Diavortrag unter der Überschrift **Nostalgie und Moderne – Straßenbahnen in Portugal**. Beleuchtet werden dabei die Städte Lissabon mit seinen Eletricos und Elevadores und Porto mit dem Nebeneinander von alter Straßenbahn und moderner Stadtbahn. Weiter erfahren die BesucherInnen etwas über Almadás Strandbahn und die moderne Stadtbahn, zusätzlich erläutert seitens des portugiesischen Experten Andre Rodrigues. Und schließlich geht es um Sintra, in der Portugals einzige Straßenbahn ans Meer verkehrt – und es berichtet José Pinta aus der Zeit, als sein Vater bei der Straßenbahn von Sintra arbeitete. Die Veranstaltung im Steilshooper AGDAZ-Zentrum (Cesar-Klein-Ring 40) beginnt um 19.30 Uhr, der Eintritt beträgt 4 Euro.

Auf zum 1. Mai!



Hier und folgende Seite: 1. Mai 2015 in Hamburg (Fotos: C. Hannen)

Für DIE LINKE ist die Unterstützung der Demonstration und Kundgebung des DGB zum 1. Mai natürlich ein Muss. Das ist nicht nur der Tradition der ArbeiterInnenbewegung geschuldet, es hat auch den Hintergrund, dass ohne die Gewerkschaften größere Veränderungen in der Bundesrepublik nicht zu haben sein werden. Also nehmen wir uns »Zeit für mehr Solidarität«, so der Slogan des DGB-Maiaufrufs, den wir weiter unten dokumentieren.

Die zentrale Demonstration des DGB Hamburg startet am Sonntag, den 1. Mai, um 11.00 Uhr an der U-/S-Bahnstation Hasselbrook. Auf der Abschlusskundgebung vor dem Museum der Arbeit (Maurienstraße) werden gegen 12.00 Uhr Hamburgs DGB-Chefin Katja Karger, Annelie Buntenbach vom DGB-Bundesvorstand und Simon Küppers von der DGB-Jugend erwartet. Musik steuern die »Microphone Mafia« und »Tubear Superbrass« bei.

In Bergedorf wird bereits um 10.00 Uhr ab Lohbrügger Marktplatz demonstriert. Auf der abschließenden Kundgebung sprechen um 11.00 Uhr der Bezirksamtsleiter Arne Dornquast, der Bergedorfer DGB-Vorsitzende Ernst Heilmann, Alper Dogan von der Alevitischen Gemeinde sowie Anja Bensing-Stolze, Hamburgs GEW-Vorsitzende.

Auch Harburgs GewerkschafterInnen treffen sich wieder zu einer eigenen Veranstaltung, zunächst um 10.00 Uhr Am Sand/Harburger Marktplatz mit Musik von der Sambagruppe »Baianada«, die Demonstration endet dann gegen 11.00 Uhr vor dem bzw. im Kulturzentrum Rieckhof (Rieckhofstraße 12). Reden gibt es vom Harburger DGB-Vorsitzenden Detlef Baade, von Carolyn Decke, Pröpstin im Kirchenkreis Hamburg-Ost und Wirtschaftssenator Frank Horch. Musikalisch begleitet die Veranstaltung Peter Sebastian.

Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Tag der Arbeit

Am 1. Mai demonstrieren wir für mehr Solidarität – zwischen den arbeitenden Menschen, den Generationen, Einheimischen und Flüchtlingen, Schwachen und Starken. Es ist an der Zeit für mehr Solidarität, und wir brauchen Zeit für mehr Solidarität!

Integration geht nur gemeinsam, mit gleichen Rechten für alle Beschäftigten!

Deutschland steht vor großen Aufgaben: Hunderttausende sind vor Krieg und Terror zu uns geflüchtet. Sie treffen hier viel zu oft auf Hass und Menschenfeindlichkeit. Dagegen wenden wir uns entschieden – die Antwort heißt Integration in Arbeit und Gesellschaft, nicht Ausgrenzung! Die Gewerkschaften stehen für eine freie, offene, solidarische und demokratische Gesellschaft. Geflüchtete und Einheimische dürfen





nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir fordern: Keine Ausnahmen beim Mindestlohn, keine Absenkung von Arbeitsschutzstandards!

Solidarität braucht einen handlungsfähigen Staat! Die Gewerkschaften weisen seit Jahren auf die fehlenden Investitionen in die öffentliche Infrastruktur hin. Darunter leiden alle Menschen. Wir brauchen Investitionen in Schulen, Kitas, Verkehrswege, den Wohnungsbau sowie mehr Personal im öffentlichen Dienst, bei der Polizei, in Schulen und Kitas. Der jetzige Zustand gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Wir wollen Solidarität im Betrieb: kein Lohndumping, keine Zwei-Klassen-Gesellschaft! Im Koalitionsvertrag wurde zugesagt, dass der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen endlich verhindert wird. Hunderttausende Kolleginnen und Kollegen verdienen weniger und werden schlechter behandelt als die Stammbesetzung. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Wir fordern ein Gesetz, das Missbrauch wirksam verhindert.

Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden! Die Rentenerhöhungen für 2016 können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Millionen Menschen eine Altersarmut droht, wenn nicht jetzt gegengesteuert wird. Die Rente muss für ein würdiges Leben im Alter reichen.

Wir wollen mehr Gerechtigkeit für Frauen auf dem Arbeitsmarkt! Die Lohnlücke bei Frauen liegt immer noch bei 21 Prozent. Und wenn Frauen sich für Teilzeit entscheiden, dürfen sie selten zurück in eine Vollzeitstelle. Zwei Gesetze, zu Lohntransparenz und zum Rückkehrrecht auf Vollzeit, sind angekündigt. Sie müssen auch kommen!

Das Mitbestimmungsgesetz muss den neuen Herausforderungen angepasst werden – dafür gehen wir in die Offensive! Mitbestimmung ist gelebte Solidarität. Wir brauchen mehr Mitbestimmung in den Betrieben, um Folgen der Digitalisierung und Demografie wirksam zu steuern. Unsere Geschichte verpflichtet uns zum Handeln gegen Krieg und Intoleranz, Rassismus und Antisemitismus. Der 1. Mai ist unser Tag der Solidarität und kein Ort für Nazis und Rechtspopulisten.



Zur Volksinitiative »Rettet den Volksentscheid«

Von Christiane Schneider



Der Senat hat Ende März Klage beim Verfassungsgericht gegen die Vorlage der Volksinitiative »Rettet den Volksentscheid« eingelegt. »Der Senat will einfach, dass Volksabstimmungen in Zukunft zwar in der Verfassung stehen, aber kaum noch erfolgreich praktiziert werden können«, kommentierte der Trägerkreis »Rettet den Volksentscheid« diesen Schritt. Mehr oder weniger hämische Medienberichte dagegen legen nahe, der Trägerkreis habe sich völlig verrannt, und niemand könne verstehen, was es eigentlich am Volksentscheid zu retten gäbe, denn nirgendwo sei die direkte Demokratie so weit entwickelt wie in Hamburg.

Es ist wahrhaftig nicht leicht, bei der Auseinandersetzung um die weitere Zukunft des Volksentscheids durchzublicken. Aber langsam glaube ich, das ist genau die Absicht, die der Senat und Rot-Grün verfolgen. Sie führen einen Angriff auf die direkte Demokratie, und sie sind, das wird deutlich, diesen Angriff strategisch angegangen.

Aber ist nicht, so argumentieren sie, mit dem »Bürgerschaftsreferendum«, das die Bürgerschaft mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit anlässlich der Olympia-Bewerbung im Mai letzten Jahres in der Verfassung verankerte, der Spielraum für direkte demokratische Einflussnahme erweitert worden? Hat man nicht in Kauf genommen, dass »das Volk« gegen die Bewerbung stimmt? Ja, das hat man, weil der Senat bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Niederlage feststand, überhaupt nicht auf den Gedanken gekommen war, »das Volk« könnte gegen

die Bewerbung stimmen. Hätte Scholz das in Erwägung gezogen, vielleicht hätte man vom »Bürgerschaftsreferendum« Abstand genommen. Aber das ist Schnee von gestern. Jetzt steht es in der Verfassung, und das ist schlecht.

Ein Blick zurück. Damals, im Mai 2015, brachte die BILD-Zeitung in ihrer unnachahmlich demagogischen Art die mit dem Instrument »Bürgerschaftsreferendum« verbundene Absicht so auf den Punkt:

»Die SPD habe das Hamburg-Referendum zu Olympia sehr clever zum Anlass genommen, einen generellen und eben nicht auf die Olympia-Frage beschränkten, »Volksentscheid von oben« auf den Weg zu bringen. (...) Mit dem Hintergrund, dass man damit künftig Brandt und seine dauernörgelnden Mitstreiter (gemeint ist Mehr Demokratie – CS) quasi mit eigenen Waffen schlagen kann. Nach dem Motto: Wer das Thema besetzt, hat schon mal die halbe Miete eingefahren.«

In der Tat ist das unser Hauptkritikpunkt am »Bürgerschaftsreferendum«. Mit seiner Installation dürfte es äußerst schwer werden, Volksgesetzgebungsverfahren, die Fragen von grundsätzlicher, hamburgweiter Bedeutung berühren, überhaupt zu Ende zu führen, dann jedenfalls, wenn es dem jeweiligen Senat und der jeweiligen Bürgerschaftsmehrheit nicht passt. Denn Senat und eine Große Koalition der Bürgerschaft können zu einem frühen Zeitpunkt, noch bevor die erste Stufe, die Volksinitiative, abgeschlossen oder auch wenn sie gerade abgeschlossen ist, in das Verfahren reingrätschen.

Konkret: Eine Volksinitiative zu einer Frage hamburgweiter Bedeutung wird eingeleitet. Der Senat und eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Bürgerschaft wittern Gefahr für die eigenen Absichten und wollen den Erfolg der Initiative verhindern. Sie arbeiten eine entsprechende Vorlage aus, die Bürgerschaft beschließt mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit ein Referendum darüber, bevor die Volksinitiative ihre 10.000 Unterschriften zusammen hat oder bevor die Zulässigkeit der Volksinitiative festgestellt ist – dann kann sie ihre Vorlage in die Tonne treten. Ein Beispiel: Im Fall des Netzerückkaufs wäre beim Volksentscheid die Alternative dann nicht gewesen: 100% Rückkauf (Volksinitiative) oder 25,1% (Senat und eine Große Koalition der Bürgerschaft), sondern 25,1% Rückkauf ja oder nein. Die Alternative wäre also nicht 25,1% oder 100% gewesen, sondern 25,1% oder nichts.

Die Volksinitiative wäre aber mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch dann ausgeschaltet, wenn sie die nötigen 10.000 Unterschriften gesammelt hätte und zulässig wäre. Sie hat mit dem »Bürgerschaftsreferendum« nämlich nicht, wie in der Verfassung für Volksgesetzgebungsverfahren vorgesehen, eine Frist von vier Monaten, um einen Kompromiss mit der Bürgerschaft zu finden und gleichzeitig die Debatte in der Stadt zu entwickeln. Diese vier Monate zur Vorbereitung der zweiten Stufe, des Volksbegehrens, werden drastisch verkürzt, und die Initiative muss quasi aus dem Stand innerhalb von 21 Tagen um die 65.000 Unterschriften für ein Volksbegehren sammeln. Nur dann kann sie IHR Anliegen als »Gegenvorlage« mit zur Abstimmung stellen. Wer einmal ein Volksabstimmungsverfahren aktiv mitgemacht hat, weiß, dass das praktisch unmöglich ist. So schnell sind die personellen und finanziellen Ressourcen für eine hamburgweite Kampagne kaum zu schaffen. Dem Senat dagegen stehen fast unbegrenzte personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung, um seine Sache mit voller Kraft in die Öffentlichkeit zu tragen und für sie zu werben. Wie schrieb doch BILD? »Wer das Thema besetzt, hat schon mal die halbe Miete eingefahren.«

Wenn es um einfache Ja-Nein-Entscheidungen geht – Olympia-Bewerbung Ja oder Nein z.B. –, besteht immerhin die Möglichkeit, dem Senat in die Suppe zu spucken. Das hat eine Mehrheit bei der Olympia-Bewerbung dann auch getan. Geht es aber um Alternativen – z.B. Netzerückkauf zu 100% oder zu 25,1% –, dann lässt die Ungleichheit der Waffen einer Volksinitiative praktisch keine Chance. Ihr Anliegen kann ihr aus der Hand genommen und praktisch in das Gegenteil verkehrt werden. Deshalb ist das »Bürgerschaftsreferendum« eine Schwächung der direkten Demokratie, kein Zugewinn von Gestaltungsmacht »von unten«, sondern ein potenziell gravierender Verlust.

Nebenbei: Es wäre interessant zu erfahren, was die Venedig-Kommission des Europarats – ein unabhängiges Beratungsorgan für Verfassungsfragen in Europa – zu den durch das »Bürgerschaftsreferendum« implantierten undemokratischen Regelungen zu sagen hätte.

Jedenfalls hat sich in Reaktion auf das »Bürgerschaftsreferendum« eine Volksinitiative »Rettet den Volksentscheid« auf



»Unser Hamburg – Unser Netz«, Rathausmarkt, 19.9.2013

den Weg gemacht. Sie will das »Bürgerschaftsreferendum« streichen und die Möglichkeiten direkter Demokratie weiter ausbauen.

Die Vorlage hat mit ca. 14.000 Unterschriften die erste Stufe des Volksgesetzgebungsverfahrens genommen. Es gab eine Anhörung im Verfassungsausschuss der Bürgerschaft. Es gab, in für mich ungewöhnlich aggressiver Atmosphäre, eine grundlegende Ablehnung durch alle Fraktionen bis auf uns. Die Volksinitiative nahm nach der Ausschussberatung ihr Recht wahr, sich vom Senat rechtlich beraten zu lassen. Sie kam den verfassungsrechtlichen Bedenken des Senats durch Änderungen an der Vorlage nach. Doch während die zweite Stufe des Verfahrens, der Volksentscheid, eingeleitet wurde, zog der Senat dann vor Gericht. Die Grenze der zulässigen Beratung sei überschritten. Ich kenne die Klageschrift des Senats noch nicht, aber ich habe den Eindruck, dass der Senat sich mit dem Rückzug auf verfassungsjuristische Bedenken der verfassungspolitischen Auseinandersetzung verweigert. Nun ruht das Volksgesetzgebungsverfahren, bis das Verfassungsgericht entschieden hat.

Warum dieser im letzten Jahr mit dem »Bürgerschaftsreferendum« eingeleitete Angriff? Ich habe den Eindruck, SPD, CDU und auch die regierungsbeteiligten GRÜNEN sind es leid, und ganz besonders Bürgermeister Scholz, dass Volksentscheide ganz anders ausgehen können, als sich Bürgerschaftsmehrheiten und Senat das wünschen. Durchregieren war mit der Stärkung der direkten Demokratie, die in den letzten Jahren eigentlich in großem Einvernehmen (wenngleich teilweise sicher mit erheblichen »Bauchschmerzen«) entwickelt und ausgebaut worden ist, schwieriger geworden. Pech jedoch für die SenatsstrategInnen: Zur Bestätigung von Regierungsvorhaben durch »das Volk« eignet sich das »Bürgerschaftsreferendum« eben auch nicht, Olympia lässt grüßen. Taktisch schlau ist eben nicht identisch mit strategisch klug.

Vielleicht gibt es jenseits des Verfassungsgerichts ja einen Weg aus dem Konflikt: Die Bürgerschaft streicht das »Bürgerschaftsreferendum« wieder aus der Verfassung.

Verkehrsnachrichten

von Heike Sudmann



<http://prellbock-altona.de>

Fernbahnhof Altona: Jetzt eine Einwendung gegen die Verlegung machen!

Der Fernbahnhof Altona soll zum Diebsteich verlegt werden. Der erste Schritt zu einer Realisierung dieser von der Stadt und der Deutschen Bahn betriebenen Planung steht gerade an. Noch bis zum 27. April 2016 können Einwendungen gegen den vorgelegten Planfeststellungsbericht für die Verlegung des Bahnhofs Altonas erhoben werden.

Die geplante Verlegung wirft viele Fragen und berechtigte Kritik auf. Auch ohne eine Verlegung der Ferngleise ist eine weitere Bebauung der Neuen Mitte Altona möglich. Wer sich gegen die Verlegung des Fernbahnhofs Altona ausspricht, verhindert also nicht den Wohnungsbau, wie so oft unterstellt wird. Deshalb soll im Folgenden der Fokus auf die Fragen des Bahnhofs gerichtet werden.

Was soll ich mit einem neuen Fernbahnhofstandort, der für viel weniger Menschen attraktiv ist als der heutige Fernbahnhof? Während der heutige Bahnhof Altona von täglich 100.000 Fahrgästen benutzt wird, werden sich nach den Prognosen für den neuen Fernbahnhof Diebsteich dort gerade mal 20.000 Fahrgäste täglich aufhalten. Während in Altona durch den Busbahnhof und die beiden S-Bahn-Linien S 1/S11 Blankenese/Wedel-Poppenbüttel/Airport und S 3 Elbgaustraße/Pinneberg-Harburg/Stade (und gelegentlich auch die S 2 Altona-Bergedorf) eine sehr gute Anbindung besteht, hat der Standort Diebsteich nur eine S-Bahn-Anbindung nach Elbgaustraße/Pinneberg sowie kaum Busverkehr zu bieten. Ein Blick auf das Umfeld zeigt, dass die Erreichbarkeit des Bahnhofs Diebsteich zu Fuß oder mit dem Rad nicht ansatzweise mit der des Bahnhofs Altona konkurrieren kann.

Nichtsdestotrotz hält Rot-Grün an der Verlegung des Fernbahnhofs Altona nach Diebsteich fest. Nach dem Motto »Unser Bahnhof soll schöner werden« geraten Fragen eines neuen Bahnhofgebäudes und der Architektur am Diebsteich verstärkt in den Mittelpunkt. Mit dieser Schönheitsdebatte soll den unangenehmen Fragen nach der Sinnhaftigkeit des Projekts ausgewichen werden.

Gegenwind bekommt der Senat von vielen BürgerInnen in Altona. Die Initiative Prellbock trägt mit öffentlichen Veran-

staltungen und Informationen dazu bei, dass mehr Menschen sich mit der Verlegung auseinandersetzen. Aktuell können alle Interessierten sich mit einer Einwendung gegen das laufende Planfeststellungsverfahren wenden. Informationen und Anleitungen finden sich hier: <http://prellbock-altona.de>.

Verkehrsbilanz: Runter vom Gas! Tempo 30 für mehr Sicherheit!

Der Senat hat Mitte April die Verkehrsbilanz 2015 vorgestellt. Die Zahl der Verkehrstoten ist demnach von 38 im Jahr 2014 auf 20 im letzten Jahr gesunken, die Zahl der Schwerverletzten ist allerdings um 68 Personen auf 880 (plus 8,4 Prozent) angestiegen. Das Problem: Schwerverletzte, die später ihren Verletzungen erliegen, werden nicht als Verkehrstote erfasst. Unbestritten: Jeder Verkehrstote weniger ist eine gute Entwicklung. Doch die steigende Zahl der Schwerletzten, unter denen sich auch immer mehr Kinder befinden, ist ein Alarmsignal.

Zu den Hauptunfallursachen im Straßenverkehr zählen laut Senat unverändert »Aggressionsdelikte« wie Geschwindigkeitsüberschreitungen und mangelnder Sicherheitsabstand. Um den Verkehr sicherer zu machen, ist es also notwendig, langsamer zu fahren. Runter vom Gas heißt mehr Sicherheit, weniger Schwerverletzte und Tote. Tempo 30 in der Stadt ist gut für Umwelt und Gesundheit. Da die meisten Autostrecken in der Stadt kürzer als fünf Kilometer ausfallen, sind die Zeitverluste gering und vertretbar.

Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit und Tempo 50 als Ausnahme für wenige Hauptverkehrsstraßen: Das fordern Umwelt- und Verkehrsverbänden sowie DIE LINKE schon lange. Diese Forderung sollte endlich umgesetzt werden.

Im Zusammenhang mit den rückläufigen Zahlen bei den im Straßenverkehr verletzten und getöteten RadfahrerInnen betonten die Senatsvertreter, dass die Radfahrstreifen deutlich sicherer für die RadfahrerInnen seien. Diese klare Ansage kann ich nur begrüßen. Endlich vertritt auch der Senat offensiv die Erkenntnis der ExpertInnen: Radfahrstreifen auf der Straße sind eindeutig sicherer als Radwege auf Bordsteinniveau.

Aus dem parlamentarischen Betrieb

Von Michael Joho



Das Plenum ist nicht alles: Bürgerschaftssitzung, 19.3.2012 (Wikipedia)

Informationen aus erster Hand, mal bessere, mal schlechtere, und manchmal ärgert einen auch die Ignoranz, mit der sie vom Senat beantwortet werden: Die Rede ist von der Schriftlichen Kleinen Anfrage (SKA), im parlamentarischen Selbstverständnis die »zweitschärfste Waffe« der Opposition gleich nach dem Untersuchungsausschuss. Nun ja. Nach acht Jahren Tätigkeit als Referent an der Seite der Abgeordneten Joachim Bischoff, Tim Golke und – seit 2011 – von Heike Sudmann mache ich mir da nicht mehr allzu viele Illusionen. Sicher, vieles ist interessant und hinsichtlich der Daten meist auch neu, andererseits, so manche SKA wird doch seeeehr knapp und ausweichend beantwortet, und schon gar nicht auch nur einen Fingerbreit über das hinaus, was da eigentlich erfragt wurde. Anders formuliert, wenn du von einem Vorgang nichts weißt und also auch nicht gezielt danach fragen kannst, dann ist es schon ein riesengroßer Zufall, ausgerechnet über diese Anfrage überraschende Neuigkeiten in Erfahrung zu bringen.

Immerhin, es handelt sich bei der Antwort auf eine SKA wirklich um regierungsoffizielle Angaben, also gerne zu zitierenden O-Ton der Landesregierung. Mir wurde überhaupt erst im Laufe der Arbeit für die Linksfraktion deutlich, wie viele der Meldungen in der Lokalpresse auf eben diesen Anfragen beruhen, auch wenn es für die LeserInnen oftmals gar nicht erkennbar ist. Und so gibt es nicht nur einen regen Austausch mit Initiativen, die behördliche Informationen für ihren Wirkungszusammenhang benötigen, sondern auch mit JournalistInnen, die schon die eingereichte Anfrage wahrnehmen und dann frühzeitig darum bitten, die »Erstverwertung« der Senatsantwort vornehmen zu können – sie erreicht die/den Abgeordnete/n nämlich mindestens einen Tag, bevor sie veröffentlicht wird.

Hinsichtlich des Anfragewesens nehme ich immer mal wieder ein Aufstöhnen von KollegInnen aus den Behörden wahr. Kein Wunder, alleine seit der Bürgerschafts-Neuwahl Mitte Februar 2015 hat es bis heute 2.931 Kleine und 87 Große Anfragen gegeben, also pro Woche etwa 50 mal reichlich Beantwortungsaufwand einer unbekanntenen Anzahl von BearbeiterInnen. Das ist eine echte Zusatzbelastung neben dem laufenden Betrieb, und das bei abgebautem Personal z.B. in den Bezirksämtern. Chapeau, liebe KollegInnen, und danke! Und noch etwas, für die Beantwortung einer Kleinen Anfrage stehen gerade einmal sieben Tage zur Verfügung, am achten Tag nach der Einreichung muss die Antwort raus. Mitnichten haben die die jeweilige SKA bearbeitenden KollegInnen eine volle Woche Zeit, oft bleibt für sie nur ein schmaler Zeithorizont von maximal zwei, drei Tagen. Warum? Weil die Anfrage zunächst von der Bürgerschaftskanzlei an die Senatskanzlei geht, die entscheiden muss, welche Stellen und Ämter zuständig sind, und dann geht es von der Fachbehörde runter bis zu einem oder mehreren Schreibtischen, an denen gehetzte SachbearbeiterInnen sitzen. Ist der Entwurf fertig, geht er wieder die behördliche Hierarchieleiter nach oben, letztlich bis auf StaatsrätInnen-/SenatorInnenebene, wo in gemeinsamer Runde schließlich über die Freigabe entschieden wird, und dann muss nochmal die Kanzlei tätig werden, alles schön zu einem Drucksachenpaket schnüren und verschicken...

Wir haben uns in der Linksfraktion größtenteils angewöhnt – GewerkschafterInnen, die wir nun mal sind, und unter dem beständigen Hinweis von Heike, der ehemaligen Personalratsvorsitzenden und jetzigen Parlamentarischen Geschäftsführerin (PGF) –, eine SKA entweder am Donnerstag oder am Montag früh einzureichen, dann bleibt nämlich das

größte Zeitfenster für diejenigen KollegInnen draußen an den Schreibtischen, die an der Antwort basteln müssen. Ein absolutes No-Go sind natürlich Anfragen in der Ferienzeit, denn dann potenziert sich der Aufwand für die wenigen, in den Ämtern verbliebenen KollegInnen.

Bei Großen Anfragen (für die den Behörden vier Wochen plus ein Tag zur Beantwortung zur Verfügung stehen) ist das Procedere ganz ähnlich, nur handelt es sich dabei meist um eine größere Anzahl Fragen bzw. ein umfangreicheres, tieferes Einsteigen in bestimmte Komplexe. Vor allem aber eröffnet eine Große Anfrage die Chance, dieses Dokument, mithin das Thema, zum Gegenstand einer Bürgerschaftsdebatte zu machen. Auch wenn nicht jede Große Anfrage diese Weihe erfährt, lässt sich doch anhand der Einreichungspraxis in etwa ablesen, auf welche Schwerpunkte und Akzentsetzungen die jeweilige Fraktion in nächster Zeit hinaus will.

Täglich gehen also die Drucksachenlieferungen bei sämtlichen Abgeordneten, deren wissenschaftlichen ReferentInnen sowie den FraktionsmitarbeiterInnen ein. So ein Konvolut von täglich 10, 20 oder noch weit mehr Drucksachen, darunter auch allerhand und meist umfangreiche Senatsmitteilungen, Ausschuss- und Bürgerschaftsprotokolle und sowieso Anträge der Fraktionen, ist eine echte inhaltliche und vor allem auch zeitliche Herausforderung. Ich z.B. schaffe es gar nicht jeden Tag, sämtliche gerade eingegangenen Dateien aufzumachen, thematisch zuzuordnen und jede fünfte intensiver zu lesen, weil sie in meinen Arbeitsbereich fällt oder mein Interesse weckt. Einen Tag später allerdings habe ich schon zwei solcher Informations- und Materialbomben... Nichtsdestoweniger, ich arbeite die Drucksachenlieferungen manchmal eben erst mit Verzug wieder ab, übrigens auch deswegen, weil ich mit einer jeweils spezifischen Auswahl regelmäßig bestimmte Vernetzungszusammenhänge beliebere, ein minikleiner Beitrag, die parlamentarische Arbeit mit dem außerparlamentarischen Engagement zu verknüpfen.

Ich kann allen LeserInnen des »BürgerInnenbriefes« nur empfehlen, wenigstens einmal auf die Website der Hamburgischen Bürgerschaft zu gehen und sich bei der Parlamentsdokumentation bzw. -datenbank (www.buergerschaft-hh.de/parldok/) einen Eindruck zu verschaffen, was da alles an Schätzen zu finden ist, beispielsweise ausführliche Stadtteildatensammlungen, ich erinnere da gerade welche zu Rahlstedt und Wilhelmsburg. Aber natürlich auch zu allen anderen Aspekten des kommunalen, politischen und sozialen Lebens in unserer Stadt. Die Möglichkeit der Stichworteingabe vereinfacht die Suche nach den gewünschten Informationen ganz enorm, ggfs. nicht nur aus der laufenden, sondern auch aus den vorangegangenen Legislaturperioden.

Langer Rede, kurzer Sinn, eigentlich sollte es hier um eine kurze Begründung gehen, warum wir ab dieser BB-Ausgabe wieder verstärkt darüber berichten wollen, was über einzelne Anfragen der beiden Herausgeberinnen an bemerkenswerten Informationen zu Tage gefördert werden konnte. Fangen wir damit doch gleich einmal an, exemplarisch veranschaulicht an einigen Anfragen von Heike Sudmann aus den letzten Wochen.



Linke auf der Straße: 1. Mai 2015 (C. Hannen)

Zwischen Straßenraum und Wohngeldreform

Wer wusste schon, dass auf dem Areal von Billstedt ca. 123 km Bundesautobahnen, Bundesstraßen sowie Hauptverkehrs- und Bezirksstraßen verlaufen? Eben. 330.000 Euro sind hier in den letzten drei Jahren verbuddelt worden, um Schäden an Straßen, »auf Nebenflächen und Radwegen« zu beseitigen, weitere Maßnahmen, basierend auf einer »in regelmäßigen Abständen« erfolgenden »messtechnischen Zustandserfassung und -bewertung (ZEB)«, sind geplant. So die Senatsantwort auf eine von Mehmet Yildiz initiierte gemeinsame **SKA zum »Straßenzustand in Billstedt« (Drs. 21/3801 vom 5.4.2016)**.

Nachgefragt wurde nach dem gegenwärtigen Stand des neuen Vertrages bzw. »Bündnisses« mit der Wohnungswirtschaft, immerhin ließ der Senat kürzlich durchblicken, dass er 2017 nun nicht mehr nur (völlig unzureichende) 6.000 neue Wohneinheiten anvisiere, sondern 10.000. Wow, dieses Ziel hat sogar unsere seit Jahren vorgetragene und als supernotwendig erachtete Dimension überschritten. Aber kommen sie nun oder nicht? Dies lässt der Senat in der Antwort auf die **SKA zum »Bündnis für Wohnen« (Drs. 21/3864 vom 8.4.2016)** unbeantwortet. Immerhin, dem Dokument ist zu entnehmen, dass die SAGA GWG im vergangenen Jahr 1.991 und fünf Genos-

senschaften 230 vordringlich wohnungssuchende Haushalte mit Wohnungen versorgen konnten – was etwa der Hälfte des realen Bedarfs entspricht, also nach wie vor völlig unzureichend ist.

Dass Datenfragen politische Fragen sind und noch jede Statistik so frisiert oder wenigstens kommentiert werden kann, wie es im Auge des Betrachters sinnvoll erscheint, ist eine Binsenweisheit. Dennoch, manchmal ist es doch frappierend, wie von diesem Senat mit Zahlen umgegangen wird. Nehmen wir dafür beispielhaft die **SKA zum »Verlust von fast 1.000 Baugenehmigungen innerhalb von zwei Wochen?« (Drs. 21/3865 vom 8.4.2016)**. Auf seiner Landespressekonferenz am 23. Februar verkündete der Senat großspurig, dass in 2015 genau 9.560 Baugenehmigungen für Wohnungen erteilt worden seien. Nicht schlecht, auch wenn mensch nicht in **Baugenehmigungen** wohnen kann. Kurioserweise veröffentlichte das Statistikamt Nord am 9. März, also gerade mal zwei Wochen später, die Zahl von lediglich 8.634 Baugenehmigungen im Jahr 2015. Was denn nun? Auf die SKA antwortet der Senat nun frech, dass »die **Zahlen der amtlichen Statistik** die Veränderungen des Wohnungsbestandes, zum Beispiel entfallender Wohnungen (bei Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)«, berücksichtigen; sie »sind deshalb **eher geeignet** für eine Einschätzung der zu erwartenden Entwicklung des Wohnungsbestandes in Hamburg, während die Meldungen der Bezirksämter alle tatsächlich erteilten Baugenehmigungen erfassen«. Im Klartext, wider besseren Wissens, alleine der Optik halber, gibt der Senat öffentlich die auf den Daten der Bezirksämter beruhenden höheren Baugenehmigungszahlen zum Besten, obwohl die geringer ausfallenden, bereinigten Daten des Statistikamtes eigentlich authentischer, eben »eher geeignet« sind. Zugegeben, keine Lüge des Senats, aber doch eine pikante Datenvernebelung!

Erwähnt sei eine weitere **SKA zum »Umgang mit Hamburgs Alster-Villen und ihrem Leerstand« (Drs. 21/3916 vom 12.4.2016)**. Nun stehen Hamburgs millionenschwere Wohnhäuser rund um die Außenalster nicht gerade im Fokus linken Engagements, aber es geht hier einerseits um den Denkmalschutz und das Stadtbild (das uns, nicht zuletzt, re-

gelmäßig um die Alster laufen lässt), andererseits um Spekulation und teilweise seit langem anhaltende Leerstände, und das muss ja nun schon gar nicht sein, wenn nach wie vor mindestens 2.000 Menschen im reichen Hamburg obdachlos und weitere 5.000 Geflüchtete unter unzumutbaren Bedingungen in Zelten und ehemaligen Baumärkten campieren müssen. In der Senatsantwort sind zunächst einmal alle geltenden Schutzvorschriften für die Bebauung um die Außenalster und sämtliche speziell unter Denkmalschutz stehende Gebäude aufgelistet. Und hier findet sich auch eine Aufzählung der im vergangenen Jahrzehnt abgerissenen Wohnhäuser, darunter die Adressen Schwanenwik 31, An der Alster 48 und Alsterufer 1-3, wo erst die Streichung aus der Denkmalliste erfolgte, um dann den Weg für den Abriss und spekulativen Neubau frei zu machen. Die Frage nach dem uns besonders interessierenden Leerstand in einigen dieser Gebäude wird wie üblich mit diesem Satz beantwortet: »Der Senat sieht in ständiger Praxis davon ab, konkrete Leerstände und Details zu Leerstandsobjekten zu benennen.« Sie könnten ja besetzt werden, ist man geneigt, hinzuzusetzen.

Und schließlich die schon etwas ältere SKA zu den **»Auswirkungen der Wohngeldreform« (Drs. 21/3466 vom 8.3.2016)**. Hintergrund ist der nicht unwesentliche Umstand, dass durch die zum 1. Januar 2016 gültig werdende Wohngeldreform bundesweit rund 320.000 Haushalte erstmals oder wieder wohngeldberechtigt sind (nachdem die Wohngeldreform über Jahre verschleppt worden war). Kein Pappentiel also, sichert das Wohngeld als Subjektförderung doch die Wohnung bei so manchem geringverdienenden Haushalt. Die Gesetzesnovelle hat laut Senats- bzw. Fachbehördenauskunft immerhin etwa »eine Verdopplung der Anzahl der Wohngeldhaushalte in Hamburg« zur Folge – im Dezember 2015 bezogen in Hamburg genau 8.544 Haushalte Wohngeld. Und was unternimmt die Behörde, um die Anspruchsberechtigten über diese Veränderungen ins Bild zu setzen? Informiert wurden zunächst die im Wohngeldbezug stehenden Haushalte. Okay, aber die bekommen seit dem 1. Januar natürlich automatisch die höheren Wohngeldzuweisungen. Im Einzelfall wird zudem beraten, wer zu einem der bezirklichen Fachämter für Grundsicherung und Soziales kam bzw.



Fokus Alstervillen, 2004 (wikipedia/Merlin Senger)

kommt und nur geringe Leistungen nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch bezieht. Ansonsten liegt in den Bezirksämtern die Informationsbroschüre »Wohngeldreform zum 01. Januar 2016« aus und auf der Internetseite www.hamburg.de/wohngeldrechner/ sind entsprechende Informationen eingestellt. Warum, so fragen wir, wurden oder werden nicht alle diejenigen Haushalte regelhaft informiert, die in den letzten Jahren aufgrund geringfügiger Überschreitungen der Einkommensgrenzen aus dem Wohngeldbezug herausgefallen sind? Doch das ist dem Senat offenbar zu teuer, und zwar weniger wegen der Porti für ein paar Tausend Briefe.

Ein Jubiläum ohne Jubelschreie

Schon fast vergessen ist einer der größten Privatisierungscoups in der Geschichte der Freien und Hansestadt Hamburg: der Verkauf nicht nur des Tafelsilbers, sondern gleich des ganzen Besteckkastens vor zehn Jahren. Damals war die CDU unter Bürgermeister Ole von Beust am Drücker, und Finanzsenator Wolfgang Peiner trieb nicht nur die HSH durch globale Finanzgeschäfte ins Debakel, sondern ist auch verantwortlich für den Verkauf von sage und schreibe 187 Büro- und Gewerbe-Immobilien, die der Stadt bis dato gehörten. »Um den Wünschen internationaler Investoren entgegenzukommen«, so las es sich am 6. Juli 2005 im »Hamburger Abendblatt«, »will der Senat 113 der 187 Objekte im Rahmen von Paketverkäufen an den Markt bringen. Dazu zählen neben Behörden auch mehrere Bezirks-Rathäuser und Ortsämter, Gerichtsgebäude sowie leerstehende oder gewerblich genutzte Flächen. (...) Darüber hinaus will sich die Stadt von 74 zumeist kleineren Einzelobjekten trennen, die sich für einen Paketverkauf nicht eignen. Dazu zählen die Krameramtsstuben (Mitte), das Abaton-Kino (Rotherbaum), das Helmsmuseum (Harburg) und das Stadtteilzentrum Koralle (Volksdorf). Außerdem stehen auf der Liste Alten- und Kindertagesstätten, Bunker sowie eine Turn- und eine Reithalle.« Auf der im Abendblatt damals inserierten »Verkaufsliste« stand im Übrigen unter der Nummer 102 auch die Adresse Kattunbleiche 19, der Sitz des Staatsarchivs, in dem die schriftlichen Zeugnisse jahrhundertelanger Hamburger Geschichte eingelagert sind, Historikerherzen setzen bei dieser Obszönität für einen Moment aus...

Was für ein bodenloser Akt des Ausverkaufs, der dem damals noch verbreiteteren neoliberalen Privatisierungswahn gezollt war. Und das nur, um kurzfristig rund eine Milliarde Euro in den Haushalt zu spülen und um danach Jahre und Jahrzehnte dieselben Gebäude für ein Zigfaches von den neuen EigentümerInnen zurückzumieten.

Es ist der Linksfraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte zu verdanken, an diesen Skandal, die Veräußerung von vielen Dutzenden ehemals städtischen Gebäuden, tranchiert zu mehreren »Portfolios« (kaschierende Begriffe sind wie die Statistiken doch immer auch Ausdruck einer Politik, die macht, was sie will), vor nunmehr ziemlich genau zehn Jahren ff. zu erinnern. Vielleicht könnte dies auch andere Linksfraktionen animieren, mal nachzuhaken, was in ihren Bezirken seit den 1980er Jahren an städtischen Gebäuden verkauft worden ist (das war die Frage der Mitte-Ge-

nossInnen). Wir nehmen nachfolgend die mit der Drucksache 21-1895 vom 21. März 2016 durch das Bezirksamt Hamburg-Mitte veröffentlichte Liste der seit den 1980er Jahren in diesem Bezirk verkauften Objekte und die seitdem erfolgten Mietzahlungen seitens der Stadt bis 2015 auf.

Verkauf von Gebäuden der FHH im Bezirk Hamburg-Mitte					Anlage zur Drs. 21-189
zu 1. Gebäude	noch zu 1. Veräußerungszeitpunkt	zu 4. Anmietung durch FHH	zu 5. Mietzahlung nach Verkauf bis Ende 2015	zu 5 a. Mietzahlung im Jahr 2015	
		[ggf. ab ...angemietet/ nein]	[TEUR]	[TEUR]	
<i>Portfolio 1 und 2 gemäß den Drucksachen 18/3678 und 18/4177</i>					
Alter Steinweg 4/Wexstraße 7	01.06.2006	01.06.2006			
Drehbahn 36	01.06.2006	01.06.2006			
Gänsemarkt 36	01.06.2006	01.06.2006			
Poststraße 11 (Alte Post)	01.06.2006	01.06.2006			Mietende 30.11.2008
Steinstraße 10	01.06.2006	01.06.2006			
Amsinckstraße 28	01.06.2006	01.06.2006			
Amsinckstraße 34	01.06.2006	01.06.2006			
Besenbinderhof 41	01.06.2006	01.06.2006			
Düsterstraße 10	01.06.2006	01.06.2006			Mietende 31.07.2013
Ernst-Merck-Straße 8 (Bieberhaus)	01.06.2006	01.06.2006			
Gorch-Fock-Wall 11	01.06.2006	01.06.2006			
Gorch-Fock-Wall 15,17	01.06.2006	01.06.2006			
Große Bleichen 23/27	01.06.2006	01.06.2006			
Großneumarkt 16	01.06.2006	nein			
Hammer Steindamm 129	01.06.2006	01.06.2006			
Johanniswall 4	01.06.2006	01.06.2006			
Kaiser-Wilhelm-Straße 79-87	01.06.2006	01.06.2006			Mietende 15.02.2010
Öjendorfer Weg 9-11	01.06.2006	01.06.2006			
Poststraße 51	01.06.2006	nein			
Steckelhörn 11	01.06.2006	nein			
Steckelhörn 12	01.06.2006	01.06.2006			
Steinstraße 7	01.06.2006	01.06.2006			Mietende 31.12.2009
Summe Portfolios 1 und 2			237.758.817,87 €	24.911.287,80 €	

Verkauf von Gebäuden der FHH im Bezirk Hamburg-Mitte					Anlage zur Drs. 21-189
zu 1. Gebäude	noch zu 1. Veräußerungszeitpunkt	zu 4. Anmietung durch FHH	zu 5. Mietzahlung nach Verkauf bis Ende 2015	zu 5 a. Mietzahlung im Jahr 2015	
		[ggf. ab ...angemietet/ nein]	[TEUR]	[TEUR]	
<i>Portfolio 3 gemäß Drs. 18/5494</i>					
Butendiechsweg 2	01.03.2007	01.03.2007			
Dammtrstraße 25	01.03.2007	nein			
Gänsemarkt 30/31	01.03.2007	nein			
Große Theaterstraße 31	01.03.2007	nein			
Große Theaterstraße 32	01.03.2007	01.03.2007			Mietende 15.05.2009
Große Theaterstraße 34/35	01.03.2007	nein			
Große Theaterstraße 37/ Colonnaden	01.03.2007	nein			
Großmannstraße 10	01.03.2007	01.03.2007			
Holstenwall 6	01.03.2007	01.03.2007			Mietende 30.09.2008
Hübbsweg 9	01.03.2007	nein			
Kreuzkirchenstieg 6	01.03.2007	nein			
Marckmannstraße 129 a-e	01.03.2007	01.03.2007			
Nordkanalstraße 50	01.03.2007	nein			
Schanzenstraße 75-77	01.03.2007	01.03.2007			
Schopensteht 24	01.03.2007	nein			
Simon-von-Utrecht-Straße 4a	01.03.2007	01.03.2007			
Summe Portfolio 3			31.516.863,91 €	3.734.225,67 €	
<i>Einzelverkäufe gemäß Drs. 18/3678</i>					
Abc-Str. 15/Neue Abc-Str.	04.08.2006	nein			
Altstädter Str. 13-17	22.01.2015	nein			
Billstedter Hauptstr. 127	17.08.2006	nein			
Hafentor 7	Dez 2007	nein			
Hinrichsenstr.1	12.08.2005	nein			
Hohe Bleichen 28/ Poststraße	Aug 2006	nein			
Holzdam 24	Apr 06	nein			
Kohlhöfen 21	Nov 06	nein			
Krayenkamp 10/11	Okt 07	nein			
Lippmannstraße 22	Dez 2007	nein			
Moorfleeter Str. 19	18.07.2008	nein			
Sorbenstraße 57-59	23.07.2014	nein			
Valentinskamp 34	Frühjahr 2012	nein			

Kulturtipp: Die Filmstadt im Kino & als Buch



»Absolute Giganten« (X Filme Creative Pool)

Am Sonntag, den 24. April, gibt es eine ungewöhnliche Kinotour in der Hansestadt: In der ersten gemeinsamen Veranstaltung der Hamburger Arthouse-, Programm- und Offkinos zeigen 14 Häuser Sebastian Schippers Kultfilm **Absolute Giganten** von 1999 einen ganzen Tag lang mit Rahmenprogramm: Kickerturnier, Mini-Elvis-Show, Fotoausstellung zum Hafen, Filmquiz, Filmbingo und einer kleinen Retro zum früh verstorbenen Hauptdarsteller Frank Giering (Details und die Aufführungstermine in den einzelnen Kinos unter www.einestadt-sieht-einen-film.de).

Ricco, Floyd und Walter, »die drei Giganten aus der Siedlung Langenfelde«, unternehmen als Abschiedstour einen aufregenden Zug durch die Gemeinde. »Dabei erleben sie ein Abenteuer nach dem anderen, demolieren eine »Elvis«-Stuntshow und werden von einer Horde finsterner Elvise verfolgt, lassen sich auf ein Kicker-Duell mit dem King »Snake« ein und stoßen ihn in einem sensationellen Match vom Thron. Für einen Moment sind sie die Könige der Nacht, die Allergrößten.« Nun gibt es Gelegenheit, Schippers Erstlingswerk noch einmal oder auch mehrmals auf der großen Leinwand zu sehen und gleichzeitig Hamburgs Kino-Kleinode zu entdecken.

Denn eigentlich ist Hamburg überall Film: Das Beil von Wandsbek, Die Eingeschlossenen von Altona und natürlich Große Freiheit Nr. 7. Fritz Lang drehte bei Hagenbeck Abenteuerfilme, Heinz Rühmann zog als Hauptmann von Köpenick ins Finanzamt am Schlump ein, Wim Wenders inszenierte mit Dennis Hopper und Bruno Ganz den Amerikanischen Freund am Fischmarkt. All dies ist nachzulesen in der soeben erschie-

nenen 3., aktualisierten und durchgängig in Farbe gedruckten Ausgabe von Michael Tötebergs **Filmstadt Hamburg** (erschienen im VSA: Verlag, 368 Seiten, Festeinband, 19,80 Euro), aus der auch die obigen Zitate stammen.

Der Autor, seit 1994 Leiter der Agentur für Medienrechte im Rowohlt Verlag, erschließt über die Filmhistorie Hamburgs eine Kulturgeschichte, die weitgehend unbekannt und oft kurios ist: Moritz Bleibtreu und Adam Bousdoukos tischen in einer Wilhelmsburger Fabrikhalle auf, Mario Adorf und Dominique Horwitz lassen niemanden siegen am Millerntor. Schon vorher machte James Bond die Mönckebergstraße unsicher, rockten die Bandits in der Hafensstraße und genoss Götze George das Leben in Övelgönne. Auf St. Pauli ist der Teufel los,

dort prügelte Philip Seymour Hoffman sich im »Silbersack«. In der Schanze herrscht die Kebab Connection, die Currywurst wurde auf dem Großneumarkt entdeckt.

Von den Kindertagen des Kinos, als die Bilder laufen lernten, bis zu den Filmfactories und der Movietown spannt sich der Bogen, den Michael Töteberg in dem spannend geschriebenen und reichlich bebilderten Buch aufmacht. Empfehlenswert!



Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.